Freitag, 28. Dezember 1928
10. Jahrg. Nummer 302

# Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 13 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 560 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 139 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 25. Telephon 4035; Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peubag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

# Reformistisches Siegel unter den Verräterpakt

## DMV.-Führung billigt Severings Spruch

**Beschluß der DMV.-Konferenz**

**Essen, 24. Dezember. Von der hier gestern tagenden „Konferenz" des DMV. wurde eine Entschließung angenommen, die den Severing-Schiedsspruch anerkennt. Die Konferenz richtet einen Appell an die unorganisierten Arbeiter und fordert die Reichsregierung auf, weitere Preiserhöhungen zu verhindern. Ebenso wird eine wirksame Kontrolle der Eigenwirtschaft gefordert.**

In der Entschließung heißt es u. a.:

**„Der Wirtschaftskampf in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie kam durch die Entscheidung des Reichsinnenministers vom 21. Dezember 1928 zum Abschluß, den die Konferenz anerkennt. Die Aussperrungs- und Stillegungswut der Arbeitgeber hat eine gründliche Abfuhr erhalten. Der gesamten unorganisierten Arbeiterschaft muß das Vorgehen der Arbeitgeber als letzte Warnung gelten. Die Konferenz richtet deshalb einen erneuten Mahnruf an alle Unorganisierten, den freien Gewerkschaften beizutreten. Der letzte Kampf hat besonders gezeigt, daß dem straff organisierten Unternehmertum nur starke Organisationen wirksam Widerstand leisten können. Die Konferenz fordert, daß die Reichsregierung alles tut, um weitere Preissteigerungen zu verhindern, eine scharfe Kontrolle auf die Kartelle und Syndikate ausübt und energische Maßnahmen trifft zur Schaffung einer staatlichen Kontrolle der Eigenwirtschaft zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft und des ganzen deutschen Volkes."**

*

Die DMV.-Konferenz, die nicht von den Mitgliedern für diese Konferenz zur Stellungnahme zu dem Severingschen Schiedsspruch gewählt worden ist, hat das Diktat des „kleinen Metallarbeiters" anerkannt, obwohl es feststeht, daß 95 Prozent der Nordwestarbeiter leer ausgingen, obwohl es feststeht, daß dieser Schiedsspruch noch schlechter ist, als der miserable Schiedsspruch Jöttens. Die reformistischen Phraseure, die unter dem Druck der empörten Mitglieder den Jöttenschen Schandspruch abgelehnt haben, kapitulierten jetzt vor den koalitionspolitischen Interessen ihrer Partei, der Sozialdemokratie. Sie waren damals gegen den Schiedsspruch, weil sie an der Führung bleiben wollten, um zur geeigneten Zeit die Bewegung abzuwürgen. Die Entschließung des DMV. geht mit keinem Wort auf die lange Laufdauer von zwei Jahren ein. Kein Wort der Entschließung wendet sich gegen das Verbandsmitglied Severing, der im Interesse des Trustkapitals die Bewegung der Nordwestarbeiter abgewürgt hat, obwohl die Bochumer Mitglieder während des Kampfes seinen Ausschluß beantragten. Heuchlerisch wendet sich die Konferenz an die unorganisierten Arbeiter und fordert verstärkte Werbearbeit, obwohl die Geschehnisse während des Nordwestkampfes gezeigt haben, daß die DMV.-Führer alles andere als eine starke einheitliche Organisation der Arbeiter, die vom Geiste des Klassenkampfes getragen ist, wünschen. Der Kampf der Verbandsführer gegen die Zusammenfassung der Unorganisierten während des Kampfes ist ein Beweis für ihre Demagogie.

Bettelnd wenden sie sich an die Reichsregierung, daß die weiteren Preiserhöhungen verhindert werden sollen. Während der DMV. bittet, meldet die gesamte bürgerliche Presse, daß die Trustherren Preiserhöhungen vornehmen werden, um sofort den ganzen Schiedsspruch illusorisch zu machen und noch darüber hinaus Extraprofite zu ziehen.

**Der Verlauf der Nordwestbewegung und die Haltung der DMV.-Konferenz unterstreicht nochmals die Richtigkeit der von der Kommunistischen Partei und ihrer Presse propagierten revolutionären Streikstrategie, sie beweist nochmals, daß die reformistisch-sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften nur im Interesse des Trustkapitals handeln können, es zeigt sich immer deutlicher, daß die Arbeiter ihre Forderungen nur im Kampfe gegen das Trustkapital und gleichzeitig nur im Kampfe gegen die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer durchsetzen können. Um die kommenden Kämpfe erfolgreich durchführen zu können, muß in der Tat und nicht nur mit Worten Kurs genommen werden auf die Gewinnung der unorganisierten Arbeiter für den DMV., für die Stärkung der Opposition im Verband. Nur der Zusammenschluß der Arbeiter in den Betrieben, die Schaffung selbstgewählter revolutionärer Kampfleitungen wird, das lehrte die Nordwestbewegung, den Sieg der Arbeiter sichern.**

# Die BAV-Zahlstelle Weißstein von der Opposition wieder besetzt

## Trotz offener Fraktionsarbeit der Sozialdemokraten

**Weißstein, 27. Dezember.**

Am Sonntag vor Weihnachten fand in der Bergarbeiterzahlstelle Weißstein die Neuwahl der Ortsverwaltung statt. Die Wahl sollte bereits vor drei Wochen stattfinden, doch ist sie auf ausdrückliche Anweisung der reformistischen Bezirksleitung bis vor Weihnachten verschoben worden. Damit wurde der sozialdemokratischen Fraktion reichlich Zeit zur Arbeit gegeben. Die Sozialdemokraten haben diese Zeit sehr eifrig ausgenutzt. (Wir werden über diese Fraktionsarbeit in den nächsten Tagen ausführlich berichten.) Auch der letzte mit der SPD. sympathisierende Bergmann wurde bearbeitet und in die Generalversammlung gelotst. Doch war alles vergeblich. Das Ergebnis der Wahl brachte das unerschütterliche Vertrauen der Mitgliedschaft zu der alten, in ihrer überwiegenden Mehrzahl oppositionellen Ortsverwaltung zum Ausdruck. Die wichtigsten Funktionäre wurden in geheimer Wahl gewählt. Eine Aenderung ist lediglich beim zweiten Kassierer eingetreten, wo an Stelle des SPD.-Kameraden Löffler der SPD.-Kamerad Keil gewählt wurde. **Die Mehrheit der Ortsverwaltung und die Führung der Zahlstelle liegt nach wie vor in den Händen der Opposition.**

Die Generalversammlung in Weißstein hat eine große Bedeutung. Nicht nur deshalb, weil Weißstein die größte Bergarbeiterzahlstelle des Waldenburger Reviers ist, sondern auch deshalb, weil die sozialdemokratische Fraktion dort lange Zeit offen gearbeitet hat. Trotzdem war es den Reformisten nicht möglich, die Führung an sich zu reißen. Aus eigenen Erfahrungen wissen die Bergarbeiter, daß die Reformisten sie von einer Niederlage zur anderen führen. Deshalb folgen sie der Opposition! Bergarbeiter in den anderen Zahlstellen, lernt von den Weißsteiner Bergarbeitern! Wählt überall oppositionelle Kameraden in die Ortsverwaltung und in den Betriebsrat!

# Wieder ein Neubaueinsturz

## 8 Tote und 5 Verletzte in Saumur

TU. **Paris, 26. Dezember. Bei der Einsturzkatastrophe in Saumur sind acht Tote und fünf Verletzte zu beklagen. Bei dem eingestürzten Neubau handelt es sich um einen in Eisenbeton ausgeführten 80 Meter langen und 20 Meter hohen Schuppen der Kavallerieschule, in dem außer Pferden Kanonen und sonstiges Kriegsmaterial untergebracht werden sollte. Die Bauarbeiten standen kurz vor dem Abschluß und 20 Arbeiter waren nur noch mit der Inneneinrichtung beschäftigt.**

**Am Montagvormittag wurden die Arbeiter plötzlich durch ein dumpfes Schwanken in den Wänden aufgeschreckt. Kurz darauf brachen die Mauern, die Decke, die Verschalung und die Träger wie ein Kartenhaus zusammen. In wenigen Augenblicken wurden die Rettungsmaßnahmen eingeleitet, an denen sich vor allem die Besucher der Kavallerieschule und die Feuerwehr von Saumur beteiligten. Von den Toten sind vier Italiener und vier Franzosen.**

---

### Ein Güterzug fährt in ein Bahnwärterhäuschen

TU. **Mailand,** 27. Dezember. Im Mailänder Vorortbahnhof Rogoredo überfuhr ein Güterzug infolge dichten Nebels ein Signal und fuhr über den Prellbock hinaus direkt in ein Bahnwärterhäuschen. Das Haus stürzte zusammen und verletzte den Bahnwärter und seine Frau schwer, während ein Kind der Bahnwärterleute durch die niedergehenden Gesteinsmassen getötet wurde. Ein Automobil der Feuerwehr, das zur Hilfeleistung herbeieilte, fuhr unterwegs gegen eine Mauer, wodurch noch drei Feuerwehrleute verletzt wurden.

# Severings Anschauungsunterricht

**Aus der Begründung des Schiedsspruches entnehmen wir folgende Sätze:**

**An die Spitze der Entscheidung ist die Bestimmung gestellt, daß für die Zeit von der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 31. Dezember 1928 die Lohnerhöhungen des verbindlich erklärten Schiedsspruches Geltung bekommen sollen. Daß diese Bestimmung lohntechnisch einige Schwierigkeiten bereitet, muß ohne weiteres zugegeben werden. Wenn trotzdem auf diese Bestimmung nicht verzichtet worden ist, so waren dafür gewichtige Gründe maßgebend, die letzten Endes in der Verpflichtung liegen, dem heute noch geltenden Schlichtungsverfahren Achtung zu verschaffen.**

**Im einzelnen ist zu der Lohn- und Arbeitszeitregelung zu bemerken, daß der Erhöhung der Akkordsicherung von 10 auf 15 Prozent nur insoweit eine Erhöhung der Akkordverdienste erfolgen muß, als der Durchschnittsarbeiter den Satz von 15 Prozent über seinen Tariflohn nicht erhält.**

**Die festgesetzte Geltungsdauer der getroffenen Entscheidung ist diktiert worden von dem Wunsche, im Hinblick auf die wirtschaftliche und außenpolitische Lage Deutschlands eine längere Periode der Klärung und Festigung zu schaffen.**

Der Severingsche Spruch ist noch schlimmer, als es nach den gestern bekanntgewordenen Mitteilungen den Anschein hatte.

Dieser Schiedsspruch ist in zwei entscheidenden Punkten schlechter als der Joetten-Schiedsspruch vom 27. Oktober 1928. Das Grundlegende ist: **80 Prozent der Eisenarbeiter bekommen als Akkordarbeiter keinen Pfennig Lohnzulage.** Der Joettensche Schiedsspruch hat bekanntlich eine Lohnerhöhung von 2 Pfennigen für die Akkordarbeiter vorgesehen. Außerdem ist für die Zeitlöhner in dem Joetten-Schiedsspruch eine generelle 6-Pfennig-Zulage bestimmt worden. In dem Severing-Schiedsspruch aber bekommen nur solche männliche erwachsene Arbeiter eine Zulage von 6 Pfennigen, die einen Stundenlohn von 60 bis 62 Pfennige erhalten; diejenigen, die 63 bis 89 Pfg. pro Stunde verdienen, erhalten eine noch geringere Zulage, die bis auf 1 Pfennig heruntergeht. Zusammenfassend ist also zu der Lohnregelung im Severingschen Schiedsspruch festzustellen: **80 Prozent der Arbeiter bekommen überhaupt nichts, die übrigen bekommen einige Bettelpfennige.**

**Die Arbeitszeitbestimmungen** sind gleichfalls eine unerhörte Provokation. Die einzige „Konzession" besteht darin, daß Arbeiter, die bisher 60 Stunden pro Woche gearbeitet haben, jetzt „nur" 57 Stunden zu schuften brauchen. Bekanntlich arbeiten in der Metallindustrie des Ruhrgebiets nur 4,6 Prozent aller Beschäftigten wöchentlich 60 Stunden. Einige Arbeitszeitverkürzungen in den Spezialbetrieben umfassen eine lächerlich geringe Zahl von Arbeitern. **Dazu kommt aber noch, daß der Unternehmer die Möglichkeit erhält, „nach Anhörung des Betriebsrates Mehrarbeit anzuordnen", in den Thomasmühlen sogar 6 oder 7 Stunden wöchentlich.** Auch die **Akkordsicherung** auf 15 Prozent statt der bisherigen 10 Prozent wird keinen Pfennig Lohnerhöhung der Akkordarbeiter bringen, da nach den Statistiken des DMV. die Akkordarbeiter schon jetzt im Durchschnitt 15 Prozent über dem Tarif erhalten.

Die Auswirkungen der Rationalisierung in der Eisenindustrie haben zu einer gewaltigen Leistungssteigerung geführt. Die Tagesleistung des einzelnen Arbeiters stieg in den letzten zwei Jahren um 40 Prozent in der Roheisenproduktion und um mindestens ebensoviel in der Rohstahlproduktion.

So sieht die „ungünstige" Wirtschaftslage der nordwestdeutschen Eisenindustrie aus.

Der Schlußsatz der **„Begründung"** spricht von der Beachtung der **„wirtschaftlichen und außenpolitischen Situation Deutschlands".** Hier ist der Schlüssel zur Erklärung des Schiedsspruches. **Die politischen** Interessen des neuen deutschen Imperialismus haben den Severingschen Schiedsspruch diktiert. Der deutsche Imperialismus kann seine Positionen auf dem Weltmarkt nur dann behaupten und verbessern, wenn er den deutschen Arbeiter noch mehr hungern läßt, die Arbeitsintensität noch weiter steigert und die Arbeitszeit ausdehnt.

*

Als die Hüttenbarone ihre Aussperrung gegen eine Viertelmillion Metallarbeiter Rheinland-Westfalens beschlossen, spekulierten sie darauf, die Arbeiterschaft dank der reformistischen Lähmung und Zersetzung des proletarischen Widerstandes im Kampfe niederwerfen zu können. Die zielbewußte und aktive Kampftaktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunistischen Partei, die in dem wachsenden Klassenbewußtsein der kämpfenden Arbeiter den entsprechenden Boden fand, machte diese Spekulation zunichte. Nach vier Wochen standen die Arbeiter einheitlicher und zielbewußter im Kampf als zu Beginn der Aussperrung. Die Situation wurde brenzlich für die kapitalistische Wirtschaft, brenzlich für die Scharfmacher und die reformistischen Laien. Die Folge war das abgekartete Spiel der drei auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbundenen Partner: der Koalitionsregierung des bürgerlichen Staates, der Hüttenindustriellen und der reformistischen Bürokratie. Severing trat sein Schiedsamt an, fällte seinen Schiedsspruch. Die kämpfenden Arbeiter wurden um den Erfolg ihres Kampfes geprellt.

Der ganze Ablauf des Ruhrkampfes ist das klassische Beispiel für jenes Verwachsen einerseits der reformistischen Führerschaft mit dem Kapital, mit der kapitalistischen Wirtschaft und ihrem Trust, andererseits dieser kapitalistischen Trusts mit den Organen des Klassenstaates, die noch viel unverschleierter als je zuvor als die Ausführungsorgane der Herrschaft der Trusts und Konzerne in Erschei-

jnung treten. Ein wahrhaft lehrreiches Schauspiel rollte sich dank dem reformistischen Verrat vor den Augen des deutschen Proletariats ab. Die Kosten bezahlen die geprellten Hüttenarbeiter.

*

Wir zweifeln nicht daran, daß die Hüttenarbeiter des Ruhrgebiets aus diesem Anschauungsunterricht über die verräterische Politik der Sozialdemokratie und des Reformismus ihre Schlußfolgerungen ziehen werden. Wir zweifeln nicht daran, daß sie die schon während des Ruhrkampfes von Woche zu Woche klarer die reformistische Niederlagenstrategie zu durchschauen und sich unter den Losungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu sammeln und revolutionäre Kampfleitungen zu organisieren begannen, nun erst recht sich in den Reihen der Kommunistischen Partei organisieren und in der Gewerkschaft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition um die Verdrängung der reformistischen Bürokratie kämpfen werden.

Aber die Lehren des Ruhrkampfes gelten für das ganze deutsche Proletariat. Vor der deutschen Arbeiterklasse liegen die gewaltigsten Auseinandersetzungen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der Dreibund von Unternehmertum, kapitalistischem Staat und Reformismus immer wieder die „bedrohte kapitalistische Wirtschaft" gegen die Lebensinteressen der Arbeiterklasse verteidigen wird. Wozu die reformistische Bürokratie fähig ist, das hat sich am deutlichsten jetzt im Falle der Textilarbeiterbewegung gezeigt.

Unzweideutig steht vor der Arbeiterschaft die Tatsache, daß sie auch im Kampf um die primitivsten Fragen des proletarischen Alltags, um die dringendsten Fragen von Lohn und Brot nur erfolgreich sein kann, wenn es gelingt, den Reformismus in den Wirtschaftskämpfen der Arbeiterschaft völlig zu isolieren, wenn die Führung dieser Kämpfe bei der Kommunistischen Partei liegt.

Nur unter Führung der Kommunisten werden die proletarischen Massen ihre Gegenoffensive gegen die Angriffe der Unternehmer, gegen die Hungerpläne der Bourgeoisie und des Imperialismus zum Siege führen.

Nur unter Führung der Kommunisten kann der Durchbruch durch den Dreibund von Kapital, Staat und Reformismus vollbracht werden!

*

**Die Hüttenarbeiter, auch die sozialdemokratischen und parteilosen, werden diesem unerhörten Schiedsspruch mit einem Sturm der Empörung begegnen. Nicht nur an der Ruhr, sondern überall im ganzen Reiche muß zu diesem Schiedsspruch und zu dem gesamten sozialdemokratischen Verrat an der Ruhr Stellung genommen werden. Will die Arbeiterklasse ihr Lebensniveau verteidigen und erhöhen, so muß sie unter der Führung der Kommunistischen Partei den Kampf gegen das Unternehmertum und seine Agenten in der Arbeiterklasse, die Reformisten, aufnehmen. Fort mit den Verrätern am Ruhrkampf aus den Gewerkschaften! Diese Lehre muß jeder Arbeiter aus dem großen Kampf an der Ruhr ziehen.**

## Bezirksleitung Schlesien für den Offenen Brief des Ekki

Breslau, 27. Dezember.

Eine am Sonnabend tagende Sitzung der Bezirksleitung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

**„Die Plenarsitzung der Bezirksleitung Schlesien nimmt von dem Offenen Brief des Präsidiums des Ekki an die Mitglieder der KPD. Kenntnis, erkennt ihn für richtig und notwendig an, und stimmt ihm deshalb zu. Alle noch hinter der Brandler-Hausen-Gruppe stehenden Arbeiter werden aufgefordert, sich von dieser Gruppe zu trennen und die Einheit der Partei zu verteidigen."**

## Rücktritt des jugoslawischen Kabinetts

**TU. Belgrad, 27. Dezember.** Ministerpräsident Koroschetz ist am zweiten Weihnachtsfeiertag aus Marburg wieder in Belgrad eingetroffen. Seine frühzeitige Rückkehr wird mit dem bevorstehenden Rücktritt seines Kabinetts in Zusammenhang gebracht. Ministerpräsident Koroschetz hatte noch am gleichen Tage eine Unterredung mit dem Chef der Demokratischen Partei, Wukischewitsch, und dem Chef der Mohamedanischen Partei, Spaho. Man nimmt an, daß Koroschetz den Rücktritt seines Kabinetts noch am Donnerstag dem König erklären wird.

## Einigung über das Sachverständigen-Komitee

**Die Vorverhandlungen zwischen den Regierungen Deutschlands und der alliierten Mächte über die Einsetzung und die Umgrenzung der Aufgaben der im September in Genf ins Auge gefaßten Sachverständigenkommission für die Endregelung der Reparationsfrage sind abgeschlossen. Statt der erwarteten Einzelantworten der Gläubigerregierungen auf die deutsche Note vom 30. Oktober wurde ein vereinbartes Kommuniqué veröffentlicht, das die in den Grundzügen bekannten Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen zusammenfaßt.**

Das Kommuniqué enthält folgende Punkte: 1. Es wird gewünscht, daß auch amerikanische Sachverständige an den Arbeiten der Kommission teilnehmen. 2. Der Ausschuß soll aus „unabhängigen" Sachverständigen bestehen, die internationales Ansehen und Autorität in ihrem eigenen Lande genießen und an keinerlei Instruktionen ihrer Regierungen gebunden sind. Die Zahl der Mitglieder soll zwei für jedes Land betragen. 3. Der Ausschuß wird sobald als möglich zusammentreten, und zwar vorläufig in Paris. Die endgültige Entscheidung über die Wahl des Tagungsortes bleibt dem Ausschuß vorbehalten. 4. Der Ausschuß wird den Auftrag erhalten, Vorschläge für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems auszuarbeiten. Diese Vorschläge sollen eine Regelung derjenigen Verpflichtungen umfassen, die sich aus den zwischen Deutschland und den Gläubigermächten bestehenden Verträgen und Abkommen ergeben. Der Ausschuß wird seinen Bericht den an dem Genfer Beschluß beteiligten Regierungen sowie der Reparationskommission erstatten. 5. Die Sachverständigen werden von den Regierungen bestimmt und nach Belieben entweder von ihnen selbst oder von der Reparationskommission ernannt. Die Sachverständigen Deutschlands werden von der deutschen Regierung ernannt.

Zur „Erläuterung" dieses Kommuniqués veröffentlicht die französische Regierung eine amtliche Erklärung, in der kategorisch betont wird, daß die französische Regierung zwar bereit sei, zu verhandeln, aber in ihren Bedingungen, wie sie von Briand in Genf und von Poincaré in seiner Rede in Chambery und Caen dargelegt worden sind, strikt festzuhalten.

Die angezogenen Sätze aus der Caen-Rede Poincarés vom 28. Oktober lauten folgendermaßen: Bei jeder Regelung, deren Gegenstand die französische Gläubigerschaft gegenüber Deutschland ist, hat Frankreich nicht das Recht, seine Pfänder blind aufzugeben, noch eine Kombination anzunehmen, die nicht für Frankreich neben den Mitteln, seine eigenen Schulden voll und ganz zu bezahlen, eine Entschädigung für seine Wiederaufbaukosten sichern würde.

Die Erklärung bedeutet, daß Frankreich festhält an der Verknüpfung der Räumungsfrage mit der Reparationsfrage und an der Festsetzung der deutschen Jahreszahlungen auf der Basis, daß Frankreich nicht nur den Betrag seiner Schulden in Amerika und England, sondern darüber hinaus eine Entschädigung für die Wiederaufbaukosten erhält.

# Gummiknüppel am „heiligen Abend"

### Berliner Polizei schützte Wucher mit Weihnachtsbäumen

(Eig. Bericht.) **Berlin, 26. Dezember.**

Am Sonntag und am Montagnachmittag kam es in verschiedenen Teilen von Berlin, namentlich im Norden, in der Nähe des Nordbahnhofs, zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen wucherischen Christbaumhändlern, die fünf Mark pro Baum forderten, und dem kaufenden Publikum. Einigen wucherischen Händlern wurden die Bäume fortgenommen. Die Berliner Polizei, die es zuließ, daß das kaufende Publikum in schamloser Weise bewuchert wurde, ging gegen die empörter Käufer mit Gummiknüppeln vor; auch einige Verhaftungen erfolgten. Am sogenannten „heiligen Abend" wiederholten sich die Zusammenstöße, bei der die Berliner Polizei mit ganz besonderer Brutalität auf die Menge einschlug.

# „Ein unerträglicher Skandal"

### Die „Leipziger Volkszeitung" zum Severing-Spruch

Die „Leipziger Volkszeitung" bringt einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Der Severing-Skandal", der mit folgenden Sätzen endet:

**„Wir unsererseits sagen rund heraus, daß der Spruch Severings ein unerträglicher Skandal und eine schwere Belastung für die Partei und die Gewerkschaften ist... Da die Deutsche Volkspartei nicht auch die Absicht hatte, „vier Jahre Ferien von Regierungskrisen" zu machen, so brachten eben wir ihrer Verpflichtung gegenüber dem Unternehmertum ein Opfer."**

Wer sind eigentlich „wir", die „das Opfer brachten"? Das sind sicherlich nicht die „linken" oder die rechten sozialdemokratischen Führer. Opfer haben die Eisenarbeiter gebracht für die sozialdemokratischen Ministersessel.

Der „Vorwärts" bemüht sich, in verlogener Weise, den Schiedsspruch Severings zu rechtfertigen. Die Charakteristik der „Leipziger Volkszeitung" zeigt schon zur Genüge, was an diesen Bemühungen wahr ist. Die „linken" sozialdemokratischen Redakteure sprechen jetzt vom „Severing-Skandal". Dieselben Redakteure haben aber nichts unternommen, um die Arbeiterschaft für den Kampf zu mobilisieren, im Gegenteil, sie haben zusammen mit ihren rechten Brüdern zur Kapitulation aufgerufen. Auch jetzt ziehen sie keine Konsequenzen aus ihren Feststellungen.

Die Arbeiterschaft wird den „Severing-Skandal" nicht vergessen. **Sie wird mit den rechten und „linken" Verrätern abrechnen!**

## Methode Poincare ...

### Polizei und Gerichtsvollzieher gegen „Humanité"

Die tapfere antimilitaristische Arbeit der französischen Kommunisten erweckt immer stärker den Haß der Reaktion. Die neue Regierung Poincaré hat die Kommunistenverfolgungen zur wichtigsten politischen Parole erklärt. Verhaftungen, Verbote und langjährige Gefängnisurteile gegen unsere Partei- und Jugendgenossen sind an der Tagesordnung.

Vor wenigen Tagen führten die französischen Regierungsbehörden einen besonders infamen Streich gegen unser Pariser Bruderblatt. Der gestrige „Abend-Vorwärts" teilt triumphierend mit, daß die „Humanité" „wegen 2½ Millionen Franken Schulden" gepfändet worden sei. Warum? Kein Wort findet das Berliner „Arbeiterblatt" gegen diese Provokation, begangen an dem größten Pariser Arbeiterblatt.

Wie die Redaktion der „Humanité" uns telephonisch aus Paris mitteilt, bestehen diese „Schulden" aus gerichtlich verhängten Geldstrafen von 2½ Millionen Franken. Den Anlaß zu diesen Gerichtsurteilen bildeten die Artikel der „Humanité" gegen die gewaltigen Militärrüstungen Frankreichs. Man versuchte auf diese „demokratische" Weise, den Kampf der französischen Genossen gegen den Militarismus zu unterbinden und ihr Zentralorgan mundtot zu machen.

Das ist der französischen Regierung natürlich nicht gelungen. Der „Vorwärts", der nicht nur für die deutsche Polizei, sondern auch für die Polizei und die Gerichtsvollzieher Poincarés Reklame macht, freut sich vergeblich. Die „Humanité" kämpft mutig und entschlossen, trotz aller Gerichtsurteile und Pfändungen, gegen die Kriegshetzer im eigenen Lande weiter. Sie ist in diesem wahrhaft revolutionären Werk der brüderlichen Sympathie des deutschen Proletariats sicher.

### Eine Gesetzesvorlage gegen den Kommunismus in Griechenland

TU. Paris, den 24. Dezember. Die griechische Regierung hat der Kammer einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, der für jede Form kommunistischer Betätigung, sei es durch Gewährung von Geldmitteln oder Verfassung von Propagandaartikeln, Strafen festlegt, die besonders streng für Staatsbeamte sind, die sich der kommunistischen Propaganda hingeben.

### Ein Einbrecher in der Bochumer Stadthauptkasse erschossen

TU. Bochum, 26. Dezember. Am sogenannten „heiligen Abend" versuchte der von Stettin nach hier zugereiste Emil P. in die Stadthauptkasse einzubrechen. Er wurde bemerkt, worauf das Gebäude von der Polizei umstellt wurde. Bei der Durchsuchung der Räume entdeckte man den P. im Kellergeschoß. Der Einbrecher stürzte sich auf den Schupobeamten und griff ihn tätlich an. Der Beamte machte von der Waffe Gebrauch und streckte den Einbrecher durch einen Brustschuß nieder. Er verschied alsbald darauf. P. hatte sich unter falschem Namen aufgehalten. Seine Familie befindet sich in Stettin in großer Not.


## 10 Jahre KPD

Die Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung" wird dem zehnten Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands mehrere ausführliche Artikel widmen.

**Bestellt sofort!**


### Zwei große Hotelbrände:

TU. Neuyork, 26. Dezember. In Akron (Ohio) brach aus bisher unbekannter Ursache im Parkhotel Feuer aus, daß sich sehr rasch über das ganze eGbäude ausdehnte. Das Hotel wurde hauptsächlich von Handwerkern und Angestellten aufgesucht, die in den umliegenden Fabriken beschäftigt waren. Bei der allgemeinen Panik konnten sich sechs Personen nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen und verbrannten bei lebendigem Leibe. Eine Anzahl anderer erlitt mehr oder weniger schwere Brandwunden. Das Hotel brannte vollkommen aus.

TU. Upsala, 26. Dezember. In einem Hotel in Tidaholm brach am ersten Feiertag ein Großfeuer aus, dem sechs Menschenleben zum Opfer fielen. Die Flammen fanden an der Inneneinrichtung so reiche Nahrung, daß es den in den obersten Stockwerken sich aufhaltenden ePrsonen nicht mehr möglich war, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Als es der Feuerwehr endlich gelang, sich einen Weg durch die Flammen zu bahnen, konnte sie nur noch verkohlte Leichen bergen. Andere Angestellte und Gäste konnten sich im letzten Augenblick unter dramatischen Umständen retten. Ehe die Feuerwehr Herr der Flammen wurde, hatte das Feuer auf ein Nebengebäude übergegriffen, das ebenfalls vollkommen eingeäschert wurde.

### Druckereibrand in Lille

TU. Paris, 26. Dezember. In Lille ist eine große Druckerei, die 2000 Arbeiter beschäftigt, niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich auf rund vier Millionen Franken.

### Oberbürgermeister Dr. Wießner beurlaubt

Der Waldenburger Oberbürgermeister Dr. Wießner ist auf sein Gesuch hin bis zum 1. Januar beurlaubt worden. Oberbürgermeister Wießner sah sich durch die in der Oeffentlichkeit gegen ihn erhobenen Angriffe veranlaßt, sein Urlaubsgesuch einzureichen.


**Ist**

die Adresse Deines Ortswerbeausschusses bereits dem Bezirkswerbeausschuß

**mitgeteilt?**

# Oberschlesien

# Sozialdemokraten und Zentrum gegen Mietensenkungen

### Herbstkreistagung in Beuthen

Die Herbsttagung des Kreistages hatte sich unter anderem mit der Frage der Vermögensauseinandersetzung zwischen der Stadt Hindenburg und der Gemeinde Rokittnitz zu beschäftigen. Der Vorlage wurde mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Stadt Hindenburg den beim Bezirksausschuß gestellten Antrag auf eine Entschädigung in Höhe von 0,5 Millionen Mark hinsichtlich der Eingemeindung von Castellengogrube nach Rokittnitz zurückzieht.

Die Fortbildungsschulpflicht für die in der Landwirtschaft beschäftigten Jugendlichen wurde durch eine Kreissatzung festgelegt.

Für die durch das Unwetter Geschädigten hatte der Kreis 50 000 Mark bewilligt. Diese Gelder kommen nur in Form von Darlehen an die Geschädigten zur Verteilung. Dafür müssen die Betreffenden noch hohe Zinsen zahlen. **Von kommunistischer Seite wurde gegen diese Form der „Hilfe“ protestiert.** Nicht Darlehen bei hohen Zinsen, sondern völlige Erstattung des **Schadens** für alle kleinen Leute kann nur in Frage kommen. Staat und **Kreis** haben hier wirklich helfend einzugreifen.

Der Steuerordnung zur Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer vom gebundenen Grundbesitz wird die Zustimmung erteilt. Ferner einer Ordnung über die Erhebung einer Kreissteuer vom Grundstückszubehör. Die Kommunen erhalten 50 Prozent dieser Steuer.

Der Aufnahme eines Darlehens von 660 000 Mark zur Ablösung des Zinsendienstes für die Kreissiedlung wird gleichfalls zugestimmt.

Zur Entlastung der Jahresrechnung für das Jahr 1926 sprach **als Mitglied der Finanzkommission Genosse Strzeletz**, der **folgendes ausführte:** Die Prüfung der Jahresrechnung hat ergeben, daß große Mängel in der Geschäftsführung vorhanden sind. Selbst den Kommunalleitern, die an der Prüfung teilgenommen haben, war es schwer, sich in dem Wust zurechtzufinden. Ja, selbst Beamte der Kreisverwaltung konnten der Kommission nur ungenügenden Aufschluß über viele Dinge geben. **Unbedingt ist eine Reorganisation, verbunden mit einer Uebersichtlichkeit des Geschäftsgebahrens**, durchzusetzen. Auch stellte man eine Menge von getätigten Zahlungen ohne Quittungen fest, ferner eine Reihe von verschiedenen Ausgaben, die als Verschwendung von öffentlichen **Geldern** bezeichnet werden können. Man müsse für die Zukunft viel sparsamer mit den Kreisgeldern,

**die aus den Steuerbeträgen vor allem der kleinen Leute herrühren, umgehen.**

Bei den Ausgaben für soziale Zwecke, da ging man sehr sparsam um, für **die armen Schichten der Bevölkerung** hat man nichts übrig. Die **Verpflegungskosten des Kreisinvalidenhauses** in Rokittnitz sind spezialisiert **aufzuführen, und** zwar so, daß eine Feststellung erfolgen kann, wie **hoch pro Kopf und** Tag die Kosten sich belaufen.

Die **Entlastung** der Jahresrechnung wurde erteilt mit der Maßgabe, **daß** für die Zukunft die Rechnungslegungen früher erfolgen müssen. **Der Landrat verspricht, die aufgeführten Mängel und Anregungen der Kommunisten zu beseitigen bzw. zu befolgen.**

**Eine weitere Vorlage** verlangt, die Verwaltung der Kreissiedlung der **Gemeinde Rokittnitz zu** übertragen. Die Kommunisten sprechen sich **dagegen aus, da kein** besonderer Grund hierfür vorliege.

**Zum Schluß wendet** sich die kommunistische Fraktion gegen die Versuche, die gefaßten Beschlüsse nachher abzuwürgen. Der letzte Beschluß sah vor, 23 000 Mark zur Herabsetzung der Mieten in der **Kreissiedlung Rokittnitz. Jetzt** versuchen die Sozialdemokraten und das Zentrum die **Verteilung** dergestalt vorzunehmen, daß eine fühlbare Herabsetzung **nicht** eintreten kann. Die 23 000 Mark sollen nach ihrer **Meinung auf mehrere Jahre** verteilt werden, da der **Kreis** nicht jedes **Jahr Mittel zur Mietensenkung** hergeben könne. Wenn die bereitgestellten **Mittel jetzt wohl zur Verwendung** kommen würden, ergeben sich „lächerlich geringe Mietensätze“. Genosse Strzeletz wandte sich gegen eine solche Auslegung des Beschlusses und brandmarkte in gebührender Weise die Stellungnahme dieser „Volksvertreter“, die ihr „soziales“ Herz für die proletarischen Mieter zeigten. Es würden bei einer fühlbaren Herabsetzung der Mieten nach Meinung dieser Leute die Proleten zu fett werden, weil sie sich dafür mehr Brot kaufen könnten.

In einem Antrage wurde die Erhöhung der Entschädigungen für die Kreistagsabgeordneten bei Sitzungen, entstanden durch Lohnausfall, behandelt. Das Zentrum wandte sich gegen die Erhöhung der Entschädigungssätze. Diese Herren, die meistens ein ansehnliches Gehalt beziehen, haben gerade „Veranlassung“, sich dagegen zu wenden. Was will man damit erreichen? Die Arbeitervertreter, die in den Betrieben stecken, sollen gehindert werden an der Ausübung ihrer Funktionen, damit die Herrschaften möglichst unter sich sein können. Denn dann kann man viel ungestörter die arbeiterfeindliche Politik betreiben.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde entgegen dem Willen des Landrats ein kleiner Beamter in eine höhere Besoldungsgruppe eingereiht. Gegen Erhöhungen der Gehälter bei der oberen Bürokratie wendet sich der Landrat nicht, weil ihm hierbei auch was abfällt.

---

## Im Zuchthaus lungenkrank geworden

### Hindenburger Wohlfahrtsamt lehnt Unterstützung ab

Der ehemalige Strafgefangene Josef M. schildert in einem Schreiben seine elende Lage. Er, der im Zuchthaus Groß-Strehlitz eine zweijährige Strafe verbüßte, verließ die Anstalt als offen Lungenkranker. Als M. die Strafe antrat, war er völlig gesund. Einige Monate hindurch wurde er durch das Wohlfahrtsamt der Stadt Hindenburg unterstützt, jetzt steht er völlig mittellos da. Jetzt versagt man ihm jede geldliche Unterstützung. Der zum drittenmal gestellte Antrag fiel unter den Tisch. Fest steht, daß der Stadtarzt Dr. Kandziora M. nur für leichte Arbeiten fähig hält. Trotzdem hat M. versucht, Schachtarbeiten zu verrichten, mußte sie wegen seiner Krankheit aufgeben. Scheinbar stützte sich das Wohlfahrtamt auf das ärztliche Gutachten, das bescheinigt, daß M. leichte Arbeiten verrichten könne. Halbwegs gesunde Leute liegen zu Tausenden auf der Straße und können keine Arbeit kriegen. M., der lungenkrank ist, soll nach Meinung dieser „sozialen“ Stelle in Arbeit gehen. Die Strafvollzugsbehörde lehnt auch jede Hilfe diesem armen Menschen gegenüber ab mit der Begründung, sie sei nicht zuständig. Zum Teufel, wer soll denn nun in Frage kommen? Ist das die Fürsorge für Lungenkranke? Soll M., **getrieben von Not, wieder den Weg ins Zuchthaus gehen?** Oder glaubt man, daß M. sowieso nicht lange machen werde und auch jede Hilfe zwecklos sei?

**Auch ehemalige Strafgefangene, und hier noch gar ein Lungenkranker, haben Anspruch auf kommunale Hilfe. Wir fordern dies!**

# Oppeln

## Magistrat und Parteien zur Unterstützung der Erwerbslosen

Die außerordentlich Magistratssitzung am Sonnabend voriger Woche, die auf Antrag des kommunistischen Stadtrats Mundrzik einberufen worden war, lehnte nach kurzer Beratung die geforderte Erhöhung der Wirtschaftsbeihilfe für die Erwerbslosen ab. Man begründete die Ablehnung damit, daß die Stadt Oppeln mehr als die anderen für die Unterstützungsempfänger zu Weihnachten getan hätte. Natürlich trifft das nicht zu, denn es erhielten ein lediger Erwerbsloser in Oppeln 3 Mark, ein verheirateter 6 Mark und für jedes Kind 1 Mark. Diese außerordentlich niedrigen Sätze lassen sich wahrhaftig nicht unterbieten.

Der Oberbürgermeister Dr. Berger entpuppt sich immer mehr als ausgesprochener Arbeiterfeind und will sogar alle städtischen Arbeiter, die sich eventuell unter die **Erwerbslosen gemischt haben** sollten und mit als Zuhörer in der Stadtverordnetenversammlung waren, sofort entlassen. Demnach gelten bei ihm die Arbeiter, welche der Stadt Hunderttausende von Mark jedes Jahr erschuften, als Bürger zweiter Klasse, denen er das Recht, sich um die Tätigkeit der Stadtverordneten zu kümmern, rauben will.

Die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Parteien traten nach der Magistratssitzung zu einer Besprechung zusammen, um noch einmal über eine von der kommunistischen Fraktion beantragte **Erhöhung** der einmaligen Unterstützung an die Erwerbslosen zu beraten. Die Begründung gab Genosse Girndt. Dr. Born und der Oberbürgermeister sprachen gegen den Antrag. Oppeln gebe das meiste und sei an der rGeze seiner eListungsfähigkeit. Rechtsanwalt **Schiffmann** (deutschnational) sprach ebenfalls gegen den Antrag. **Schubert** (Zentrum) meine, er habe keine Vollmacht, irgendeine Erklärung abzugeben. Glücksmann (SPD.) redet davon, es müßte ein **Weg** gefunden werden, um den Erwerbslosen do chnoch die einmalige **Zulage** zu gewähren, ohne sich in bestimmter Form für den **Antrag** der Kommunisten auszusprechen.

Der Stadtverordnetenvorsteher faßte die **Aussprache dahingehend** zusammen, daß sich keine Mehrheit für den kommunistischen **Antrag** ergeben habe und schlug vor, diese Frage noch einmal auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung zu setzen.

Das Auffliegen der letzten Sitzung durch den Stadtverordnetenvorsteher geschah im vollen Einverständnis mit den **Parteien**, außer den Kommunisten. Man wollte sich vor einer klaren Stellungnahme noch vor dem „Fest der Liebe“ drücken, was durch die **Kommunisten** vereitelt worden ist. Sie mußten **Farbe bekennen. Die Arbeitslosen** haben ganz offen feststellen können, wer ihre Feinde sind.

## Briefkasten

**Preußag-Kumpel.** Leider eignete sich Dein **zweites Gedicht** zur Veröffentlichung nicht.

### „Eulenspiegel“, 2. Jahrgang

Trotz Staatsanwälten, Muckern, Pfaffen, die **das letzte Heft des** „Eulenspiegels“ im alten Jahre beschlagnahmten, **erscheint die Silvester-Nummer** des neuen Jahrgangs noch **schlagender, getreu dem** Wahlspruch:

„Zum Sarg der Reaktion die Nägel
liefert euch der „Ulenspeegel“!

Aus dem Inhalt der Januar-Nummer: Rudolf **Schlichter: „Der** Gotteslästerer“; Käthe Kollwitz: „Pflüger“ und „**§ 218 des neuen** Strafgesetzes“ mit Dichtungen von **Berta Lask und Arno Kabel**; Heinrich Zille: „Winterfreuden“; Erich **Weinert und Karl Holtz**: „Illustrierter Rückblick auf das Jahr 1928“; Slang: „**Silvesterbummel** durch die Republik“; Maria Palme: „**Kleiner katholischer Pfaffenspiegel**“; Charles Girod: „Das Reichskabinett bei der **Kartenlegerin**“; Guerin: „Am Neujahrsmorgen“; Peitscher: „**Fauler Zauber**“. — **Beiträge** von: Kurt Werth, Karl Schnog, Havelock, Oskar **Maria Graf** und andere.

### Arbeiter-Taschenkalender 1929

**(Internationaler Arbeiter-Verlag, Preis 90 Pfg.)**

Der Arbeiter-Taschenkalender für das Jahr 1929 hat einen anderen Charakter als sein Vorgänger. Auch in ihm lebt der **proletarische** Geist einer großen revolutionären Bewegung. **Aber in Aufmachung** und inhaltlicher Anordnung ist er schwer mit seinem vorjährigen Bruder zu vergleichen.

In biegsamem, lederartigem Einband wirkt er wirklich wie ein Taschenkalender. Es fehlen diesmal die langen Artikel, die den Kalender in den letzten Jahren zu stark belasteten.

Geschickt ausgewählte Zitate aus Marxschen und Leninschen Schriften sprechen über Zweck und Ziel der **Kommunistischen** Partei, sprechen über die Aufgaben der **Gewerkschaften**.

Ganz besonders **willkommen** werden allen **Genossen die Streifzüge** in die **Sozialgesetzgebung** sein. Ein **besonders guter** Gedanke war, Musterformulare für Antragstellung **auf Unterstützung** abzudrucken. Ebenso werden an Hand einer **Reihe von Beispielen** aus der Praxis der **Arbeitsgerichte** die **wichtigsten** Schritte besprochen und angegeben.

Gut ist auch das Adressenmaterial der Partei, der **Gewerkschaften**, der Arbeitersekretariate usw. zusammengestellt. **Ein ausgezeichneter** Gedanke war auch die Einführung einer **Abteilung** „Fremdwörter und Eigennamen“.

Alles in allem: der Taschenkalender hat sich sehr zu seinen **Gunsten** verändert. Er ist wirklich wert, in der Tasche des **Arbeiters** mit herumgetragen zu werden. Er ist den Erfordernissen des **proletarischen** Klassenkampfes unserer Zeit auf beste angepaßt. Möge er eine Waffe in der Hand jedes klassenbewußten Arbeiters sein.

**Erhältlich in der Arbeiterbuchhandlung Hindenburg, Scheckeplatz 12.**

---

# Dein Körper gehört Dir

**Roman von Victor Margueritte**

**Berlin, Erich-Reiß-Verlag**

20

Und das Gebet... nein, gegen das Gebet bin ich nicht, mein Kleines. Aber es soll nicht als Wischtuch dienen: „Meine Sünden sind vergeben! Jetzt fang ich von neuem an!“ Es muß uns zum Wollen führen, und vor allem muß es aus dem ganzen Wesen entspringen, mit zufälligen Worten, als die Anrufung eines höheren Lebens. Arbeite, lies, erhebe dich. Jeder Tag hat mit wenigem genug, wenn nur dies wenige jeden Tag da ist. Und vor allem nimm deinen Sport wieder auf: du wirst deine Bedürfnisse befriedigen, indem du deine Kräfte ausgibst.

Und wenn du den biedern Pfarrer wiederstehst, vergiß nicht, ihn an das Wort Nietzsches zu erinnern: „Es gibt zuwenig Liebe und Güte in der Welt, als daß wi: si an erfundene Wesen verschwenden könnten.“ Weihe Christus, dem wunderbaren Menschen, die Verehrung, die wir ihm schulden. Aber laß dich durch den Sohn nicht für den Vater einfangen — oder gar für den Heiligen Geist! Gott, das ist unser Bedürfnis zu hoffen und zu lieben. Ein Ideal... er lebt nur in uns selber.

Wie leid tut es mir, mein Kleines, noch zwei Monate Chateau-Rouge fernbleiben zu müssen. Schreibe mir öfter.

Dein alter Eber.“

Jetzt wußte sie Bescheid. Selbst mußte sie sich retten, durch Ausdauer! Von dem Augenblick an war sie bemüht, nur noch an die Zukunft zu denken. Wenn sie schwach wurde, wendete sie sich an die lebenden Energien des Raumes, an die sie umgebenden Fluiden, an den tugendhaften Willen der Toten, die, gleich ihr, es sich hatten sauer werden lassen, sich zu bilden und zu verstehen.

„All das“, überredete sie sich, „kann doch nicht verlorengegangen sein!“

Das unablässige Streben ihres Onkels, recht zu leben, gut zu sein, wahr zu sein, gerecht zu sein, all das, was die Frucht eines ganzen Lebens war, konnte doch nicht vergeblich sein! Beten hieß, an all das denken, es eifrig in ihren Geist einzuprägen...

Sie bedeckte den wohltätigen Brief mit Glückstränen und mit Küssen... „Pate, mein guter Pate!...“ Sie dankte dem Schicksal für diese Stütze in der schweren Zeit, die sie durchzumachen hatte. Sie nahm das morgendliche Trainieren auf dem Fahrrad wieder auf, und schon nach drei Tagen spürte sie jeden Abend die Wohltat ihrer gesunden Müdigkeit. Mit Morgengrauen auf, fuhr sie auf der Maurenstraße den Bergen zu. Ihre Gipfel zeichneten sich im reinen Himmel klar ab mit ihren dunklen Pinien, den Kastanienbäumen von hellem Smaragd, dem sanfteren Grün der Korkeichen, die man hätte für frischangestrichen halten können. Sie schien eine neue Luft zu atmen, so klar war der Himmel. Bei der Heimkehr war ihr die Arbeit nicht mehr zuwider. Und am Sonntag, als ihre Mutter sie mahnte, es sei Zeit, sich für die Kirche anzukleiden, weigerte sie sich kategorisch:

„Ich will den Abbé Boitel nicht wieder sprechen.“

Insgeheim war sie ihm böse: hatte er nicht, statt Wasser, Oel ins Feuer gegossen?.. Indem er ihr Jesus als der anbetungswürdigen Gatten darstellte, hatte er sie beinahe verführt, in ihrer Verirrung den Gottmenschen zum geliebten Liebhaber umzugestalten... Ein Genuß, dessen sie sich, seit sie den Brief ihres Onkels erhalten hatte, schämte, wie eines Sakrilegs...

„Wie,“ entrüstete sich Frau Arelli, „du hattest doch versprochen..“

„Ich habe gar nichts versprochen. Ausgenommen Franz, daß ich ihn zur Regatta von Saint Tropez begleite.“

„Komm zuerst mit in die Messe.“

„Geh du für mich!“

Und sie lief lachend davon.

IV.

Spi hat ihr Gleichgewicht wiedergefunden. Sie hat gewählt: Franz, der Ernst gemacht hat, hat Konstantin endgültig verdrängt. Sie glaubt sich geliebt, und ob er sie nun heiratet oder nicht, sie wird ihm gehören. Sie gedenkt jetzt des Fischers mit Zärtlichkeit. Die kleine blaue Blume, so glaubt sie, ist auch in dem Herzen erblüht, nach dem das ihre verlangt.

Im Kartoffelfeld vor dem Hause tönt ihre frische Stimme harmonisch und heiter:

**Da Tourin à Mouncalé**
**La Linngère martche-t-a-pé**
**Amor, amor, amor,**
**La rose est oun bel flor.**

Plötzlich erschallt der Lärm eines Streites aus dem Familienzimmer... „Schau, Vater ist heimgekommen, ohne daß ich ihn gesehen habe!“... Sie hört die schrillen Vorwürfe ihrer Mutter. „Faulpelz, wo hast du wieder mal Wein herbekommen, um dich zu besaufen, daß du mit leerem Karren heimkommst?“ Ein demütiges Gestammel antwortet in tiefem Baß. Man meint fast, es sei ein Fliegensummen, das die bitteren Vorwürfe unterbricht:

„Ou-ou-au-ou.....“

„Hättst's abschlagen sollen! Du weißt doch, daß du immer gleich voll bist!“

„Ou-ou-au-ou.....“

„Was? Du hast wieder mal bezahlt? Das ist doch zu stark! Ludwig hat ganz recht! Entmündigen sollte man dich!“

„Ou-ou-au-ou.....“

„Schweig, du Lump! Du kostest mehr als du einbringst! Deine Kaninchenfelle? Die kannst du dir am Arsch hängen! Die bringen mehr Fliegen und Würmer ins Haus als Geld!“

Die Alte erscheint, schlägt die Tür zu, faßt den noch angeschirrten Esel am Zügel, läßt das Wägelchen eine halbe Wendung machen und ruft: „Paß auf, daß dein Vater nicht den Kellerschlüssel findet. Ich fahr zum Bahnhof, den Rest Heu holen. Sag Ludwig Bescheid, wenn er unterdessen heimkommt. Er braucht nicht mit der Karre zurückzukommen....“ Das Fuhrwerk war noch nicht am Ende des Weges angelangt, als sich die Tür leise öffnete....

Der Trunkenbold kam zum Vorschein. Spi, die Kartoffeln ausbuddelte, fing an zu singen: „Soll dich deine Frau nicht ärgern.... Heirate nicht.... Heirate nicht!“ Sie hielt inne, um ihren Vater anzusehen.

„Geh ein Mittagsschläfchen halten, Vater!“

„Marius Pirot erwartet mich. Er hat mir was zu verkaufen.“

„Es ist zu heiß, ich rufe dich, wenn die Sonne nicht mehr so stark brennt.“

Er tat so, als gehorche er, war aber entschlossen, ungesehen durch den Ausgang zum Pinienwäldchen zu entwischen.

„.... Armer Vater, so verloschen, so schwach! Wie schade, daß er nicht wie ich einen guten Onkel gehabt hat, um ihn zu leiten...“

Sorgenvoll und schweigend arbeitet sie weiter.... „Man ist doch nie zufrieden! Jetzt, wo ich wieder ruhig bin, wo ich durch meine Bemühungen wieder gesund bin und wieder hoffe, jetzt, wo Franz mich liebt, muß ich mich um Vater grämen... Ach, wenn ich ihn doch vom Trunk heilen könnte! Aber zuerst müßte ich ihn von Mutter heilen! Sobald der Pate mir eine Stellung verschafft, nehme ich Vater zu mir. Er soll wenigstens ein glückliches Alter genießen.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil [illegible], für [illegible] Werkstatt“ und „Waldenburg“ Wilhelm Biewald, für „Breslau“ [illegible] die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Karis, Hindenburg. — Für Inserate [illegible] Breslau

# Freidenkerwahlen ungültig

## Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung nichtig erklärt

**Vor dem Landgericht I in Berlin fand vorige Woche die Klage der Opposition im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung gegen die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung, die eine unerhörte Terrorisierung der oppositionellen Mitglieder und zum größten Teil deren Ausschluß aus dem Verband bedeuten, zur Verhandlung. Obwohl der Verbandsvorstand kein Mittel unversucht ließ, die Opposition in der schmutzigsten Weise zu infamieren und die Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung als zu Recht bestehend verteidigte, fällte das Landgericht folgendes Urteil:**

**Sämtliche Wahlen und Beschlüsse der Frankfurter Generalversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung vom 14. bis 16. Juli 1928 sind als nichtig erklärt.**

*

Dieser Gerichtsbeschluß ist für die Opposition im Freidenkerverband von größter Bedeutung. Um diese Bedeutung zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick auf die Vorbereitung und Durchführung der Generalversammlung erforderlich. Die Opposition hatte schon während der Vorbereitung der Generalversammlung unter Berufung auf die Statuten festgestellt, daß die **Durchführung der Wahl statutenwidrig und damit ungültig ist.** So hatte der Verbandsvorstand auf diktatorischem Wege durchgesetzt, daß allein von Berlin sämtliche **42 Delegierte,** die fast die Hälfte aller Delegierten des Reichs ausmachten, **Sozialdemokraten** waren, **obgleich in Berlin die letzten Urwahlen eine zahlenmäßige Mehrheit der Opposition ergeben hatten.** Mit dieser statutenwidrig zusammengeschobenen Mehrheit der Delegierten setzte dann der Verbandsvorstand auf der Frankfurter Generalversammlung alle von ihm vorbereiteten, **auf die völlige Ausschaltung der Opposition hinzielenden Beschlüsse durch.** Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse und Kommissionen wurde auf Vorschlag des Verbandsvorstandes die Opposition vollkommen ausgeschaltet. Ferner wurde, im schroffen Gegensatz zu den bestehenden Satzungen, nach denen zehn Unterschriften für die Einreichung von Anträgen genügen, beschlossen, nur solche Anträge zu behandeln, die 25 Unterschriften tragen. Durch diesen Beschluß wurde erreicht, daß die kommunistische **Opposition, die über 22 Delegierte verfügte, weder eigene Anträge einbringen, noch zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und Beschlüssen Erklärungen abgeben konnte.**

Diese auf der Generalversammlung durchgeführte Mundtotmachung der Opposition wurde dann auch statutarisch durch die **Abänderung der Statuten und die Wahl der verschiedenen Körperschaften festgelegt.** So wurde die Bestimmung angenommen, daß in Zukunft der Vorstand allein das Recht hat, ein Schiedsgericht zwecks Ausschluß einzusetzen. Außerdem bekam der Vorstand das Recht, besondere Richtlinien für Ausschlüsse diktatorisch zu bestimmen. Um nach dem Muster von Berlin eine oppositionelle Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln, bekam der Vorstand weiterhin das Recht, die großen Ortsgruppen nach Gutdünken neu einzuteilen, d. h. den Bedürfnissen der SPD. entsprechend organisatorisch auszugestalten. Die Bevormundung soll noch weitergehen, indem dem Vorstand anheimgestellt wurde, den Bezirken, Unterbezirken und Ortsgruppen eine Geschäftsordnung aufzuzwingen. Um auch wirklich jede oppositionelle Meinungsäußerung zu verhindern, wurde schließlich noch beschlossen, die Herausgabe aller bezirklichen Mitteilungsblätter unter Ausschlußandrohung zu verbieten.

Den Höhepunkt aller dieser Diktaturbestimmungen stellt aber der Beschluß dar, **daß Vorstand, Aufsichtsrat und Beirat in Zukunft auf Generalversammlungen Stimmrecht haben.**

Bei den Wahlen selbst wurde die oppositionelle Minderheit völlig ausgeschaltet und auf Vorschlag des Verbandsvorstandes nur Sozialdemokraten gewählt.

Alle diese Beschlüsse sind durch den Gerichtsbeschluß des Landgerichts I aufgehoben. Damit sind zugleich die vom Verbandsvorstand geforderten und durch die Generalversammlung bestätigten Ausschlüsse der oppositionellen Mitglieder als ungültig erklärt. **Das bedeutet, daß alle Ausgeschlossenen wieder in den Besitz ihrer alten organisatorischen Rechte gelangen.**

*

Der Opposition im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung erwächst jetzt die Aufgabe, die Vorbereitung und Durchführung einer neuen Generalversammlung mit ordnungsgemäßer Wahl der Delegierten zu erzwingen und durch dreiteste Massenmobilisierung die Voraussetzung für die Eroberung der Führung des Freidenkerverbandes durch die Opposition zu schaffen. Nur auf diesem Wege wird der Verband seine Aufgabe, Träger eines marxistischen Kulturprogramms zu sein und den Kampf gegen die Kulturreaktion zu führen, erfüllen können.

**Es lebe die Einheit des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung!**

**Nieder mit den sozialdemokratischen Spaltungsprovokateuren!**

## Ungarische Weihnachts-„Amnestie"

Aus Budapest wird gemeldet, daß der Justizminister Pestthy zu Weihnachten eine Amnestieverordnung erlassen will.

Auf die vorwitzige Frage eines bürgerlichen Journalisten, ob die verurteilten Kommunisten auch unter die Amnestie fallen, antwortete der Justizminister, daß man nicht daran denke, „Räuber und Mörder" zu amnestieren.

Dabei bitten wir zu beachten, daß unter „Räuber und Mörder" nicht etwa die raubenden und mordenden „Erwachenden Ungarn" verstanden werden, sondern die wegen ihrer Ueberzeugung verurteilten Revolutionäre.

# Aus aller Welt

### Neue Erdstöße in Bulgarien

TU. Sofia, 27. Dezember. **Am Heiligen Abend wurden in der Gegend von Stirpan neue starke Erdstöße verspürt, die von einem unterirdischen Rollen begleitet waren. Viele Häuser zeigten Risse, auch sind Kamine eingestürzt. Die Bevölkerung der Gegend wurde von heftiger Panik erfaßt und hält sich trotz der großen Kälte und des vielen Schnees im Freien auf.**

### Beim Einbruch eingeschlafen

TU. Greiz, 22. Dezember. Das nördliche Vogtland wird schon seit Anfang des Jahres von einem Einbrecher heimgesucht, der es vor allem auf kleinbäuerliche Anwesen abgesehen hat. Im benachbarten Cunsdorf gelang es endlich, den Dieb festzunehmen. Der Einbrecher hatte bei einem Gutsbesitzer einen Einbruch verübt, war aber dabei eingeschlafen. Als der Besitzer des Anwesens am Morgen das Zimmer betreten wollte, fand er es verschlossen und die Fenster eingeschlagen. Der Einbrecher selbst war aber über seiner schweren Arbeit eingeschlafen und wurde erst durch das Geräusch aufgeschreckt. Es gelang ihm, durch das Fenster zu entfliehen, doch wurde er bald eingeholt und festgenommen. Es handelt sich um den steckbrieflich verfolgten Einbrecher Ebert aus Röthenbach, auf dessen Konto über 100 Einbrüche stehen.

### Südpolforscher Byrd erreicht die Eiszone

TU. Neuyork, 27. Dezember. **Wie die Neuyorker „Times" melden, teilte der Südpolforscher Byrd dem amerikanischen Flottenamt mit, daß er die amerikanische Flagge einige hunder Meilen südlicher aufgepflanzt habe, als je zuvor. Die nächste menschliche Ansiedlung liege etwa 2400 Meilen von der Expedition entfernt. Er habe die Eiszone erreicht und Eisblöcke gesichtet, die höher als Schiffsmasten seien.**

### Vorbereitung zum bevorstehenden Nordpolflug

Die sowjetistische Sektion der „Aeroarktik" hielt eine Sitzung ab, in der über verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung des bevorstehenden Nordpolfluges des Luftschiffes „Graf Zeppelin" beraten wurde. Zur Orientierung des Luftschiffes, das auch Gebietsteile der Sowjetunion überfliegen wird, soll in den arktischen Wetterwarten und Funkstationen der Sowjetunion ein regelmäßiger Wetter- und Nachrichtendienst eingerichtet werden.

### Ein Polizeiwachtmeister schießt seinen Sohn nieder

TU. Berlin, 22. Dezember. Wie der „Lokalanzeiger" aus Kassel meldet, hat in der Nacht vom Sonnabend der 59jährige Hauptwachtmeister Rauh von der Schutzpolizei seinen eigenen 20jährigen Sohn, der sich mit gleichgesinnten Freunden zu einem Boden- und Kellerräuber ausgebildet hatte, festgenommen. Rauh legte seinem Sohn Handschellen an, die der junge Mann indessen auf der Straße abriß, um sich wütend auf seinen Vater zu werfen und ihn niederzuschlagen. Der Hauptwachtmeister aber zog seinen Dienstrevolver und feuerte zwei Schüsse ab, von denen der eine den Sohn in die Brust traf, so daß er schwer verletzt zusammenbrach.

---

**Zwei Tote bei einem Zusammenstoß zwischen einem belgischen Rettungsboot und einem Dampfer bei Ostende.** — TU. Brüssel, 26. Dezember. Am zweiten Weihnachtstag ist in der Nähe von Ostende ein belgisches Rettungsboot, das einem in Seenot befindlichen Dampfer Hilfe bringen wollte, mit dem in Seenot befindlichen Schiff zusammengestoßen und gesunken. Von der vierköpfigen Mannschaft des Rettungsbootes sind zwei Mann ertrunken. Die Nationalität des Dampfers, der sich nach dem Unfall entfernte, konnte nicht festgestellt werden.

**Schwere Stürme und Ueberschwemmungen in Belgien.** — TU. Brüssel, 27. Dezember. An der belgischen Küste wütete am Mittwoch ein schwerer Sturm. In der Gegend von Termonde, die im vorigen Monat überschwemmt wurde, gab ein zwei Kilometer langer provisorischer Scheldedamm den Fluten nach. Pioniere sind damit beschäftigt, den Schaden auszubessern. Etwa 3000 Quadratkilometer stehen seit einem Monat unter Wasser.

**Schwere Explosion in einem kalifornischen Filmatelier.** — TU. Neuyork, 27. Dezember. In einem Filmatelier in Universal-City (Kalifornien) entzündete sich ein Filmstreifen von 2000 Fuß Länge, wodurch eine schwere Explosion verursacht wurde, die das Dach des Hauses in die Luft fliegen ließ. Die Filmschauspieler, die in den Nebenräumen arbeiteten, kamen mit dem Schrecken davon.

**Die ersten Dinosaurier in Asien gefunden.** TU. Berlin, 20. Dezember. Nach einem Bericht Sven Hedins aus Urumtschi Sinkiang (Ost-China) an das Berliner Tageblatt, entdeckte der chinesische Geologe der Expedition südlich von Santai Ueberbleibsel von Dinosauriern aus der ältesten Jurastischen Zeit. Diese Entdeckung bezeichnet Sven Hedin deshalb als sehr bedeutungsvoll, weil sie eine Lücke in der Kenntnis der geologischen Entwicklung des asiatischen Kontinents vor Millionen von Jahren ausfüllt.

**500 000 Mark Franken für 13 Jahre Ehebruch.** TU. Paris, 20. Dezember. Ein Versailler Kaufmann hatte in seiner ehelichen Wohnung neben seiner Frau noch ein Fräulein unterhalten, die heute bereits über 40 Jahre alt ist. Die Gattin des Kaufmanns, der die Untreue ihres Mannes anscheinend zu lange dauerte, erhob die Feststellungsklage, die zur Verurteilung des Ehebrüchigen führte. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 500 000 Franken.


**Vereinigte Theater**

**Lobe-Theater**
Von Sonnabend, d. 22. 12. bis Sonnabend, d. 29. 12. täglich 20.15 Uhr
**Die Dreigroschenoper**
von Bert Brecht
Musik von Kurt Weill
Montag, d. 24. 12.
Geschlossen
Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend, 15.30 Uhr
Zu kleinen Preisen!
Fips und Stips auf der Weltreise

**Thalia-Theater**
Von Sonnabend, d. 22. 12. bis Sonnabend, den 29. 12. täglich 20.15 Uhr
Zum 1. Male
**Einen Jux will er sich machen.**
Posse mit Gesang von Johann Nestroy
Montag, d. 24. 12.
Geschlossen
Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend 15.30 Uhr
Zu kleinen Preisen
**Rumpelstilzchen**
(Humpti-Bumpti)

**Schauspielhaus**
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300
Donnerstag (nachm. 3½ Uhr)
**Die Herzogin von Chicago**

**Stadt-Theater Breslau**
(Opernhaus)
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 9
**Schwanda, der Dudelsackpfeifer**

**Kaufhaus Goldnes Zepter**
Breslau, Klosterstraße 47
**Kurz-, Weiß- und Wollwaren**
**Wäsche, Strümpfe**
**Trikotagen — Herren-Artikel**

Leder — Schäfte — Bedarfs-Artikel
**Lederhandlung**
**Max Wellusch,** Frankfurter Str. 122

Ueberall erhältlich — Ueberall erhältlich
**Quaubis-Brot**
macht Wangen rot
Ueberall erhältlich — Ueberall erhältlich

**Möblierte und unmöblierte Zimmer**
für alleinstehende Ehepaare ohne und mit Kindern sowie
**Schlafstellen zur kostenlosen Vermittelung gesucht.**
Angebote mit Preisangabe an
**Fürsorge für Wohnungsbeschaffung**
Magazinstraße 1—3.

**Möbel**
**Küchen, komplett, 1-teilig**
**Schränke, poliert, 2-türig**
**Ausziehtische, polierte Stühle**
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflegematratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
**Biener & Dühring**
Stühle und Möbel / en detail, en gros
Matthiasstr. 107 u. Weinbergsweg 18/20

**Pfandleihhaus Grundmann**
Breslau, Trebnitzer Str. 21
**Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen**

**Molkerei Hermann Walter**
Breslau, Gabitzstraße 39
**Milch — Butter — Eier — Käse**

**Fleisch- und Wurstwaren**
**Richard Krusch**
Verkaufsstellen:
Adalbertstraße 15, Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166, Ohlauer Str. 87
Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

**Brennholz**
**Schwarten u. Säumlinge**
gibt laufend bei Selbstabholung billig ab
**Dampfsägewerk Breslau 10, Verläng. Niedergasse**

**Direkt aus der Fabrik**
unser berühmter alter
**Breslauer** 35% p. Ltr. M. **2.10**
**Weinbrandverschnitt** Ia 38% per Liter M. **2.80**
**Jamaica-Rum-Verschnitt** 38% per Liter M. **2.80**
**Blutroter Südwein** kräftig u. süß, per Ltr. M. **1.25**
Sämtliche Liköre und Weine zu unübertroffenen Preisen
**Herzberg & Co.**
Höfchenstraße 48, Blücherplatz 17/18, Michaelisstraße 3, Klosterstraße 64, Leuthenstraße 10, Gelenkestraße 17

Leihweise elegante
**Frack- und Rock-Anzüge**
**Herm. Monhaupt**
Karlstraße 11
Telefon 57083
früher Albrechtstraße

**Gebett Betten**
25 und 40 Mark
rote Inletts
verkauft
Leihhaus, Oelsner Str. 12

**Sprechapparate und -Platten**
speziell
**Rote Frontkämpfer-Märsche**
**Proletarische Lieder und sämtliche neuesten Schlager**
**Georg Greulich, Hummerei 52**
bequeme Teilzahlungen

**Sie verdienen täglich**
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
**Reste**
in Serge, Kittel, Leinwand, Kermelfutter Roßhaar, Garn, Knöpfe Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
**Berth. Lippert**
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

**Anna Friebe**
Liegnitz
Mittelstraße 60
**Möbellager, Schuhwaren, Kleidung, neu u. gebraucht**

Lederhandlung
**Simon Sachs**
**Hirschberg i. Riesengebg.**
**Täglich frischer Leder-Ausschnitt**

**Gustav Künzel**
**Kauffung** a. d. Katzbach
**Kolonial- und Gemischtwaren**

**Oskar Dietrich, Schmiedeberg**
Niederlein Nachfolger
**Futtermittel, Kolonialwaren**

**„Dr. Seibt"-Radio-Anlagen**
Netzanschlußgeräte, Lautsprecher
Anoden-Trockun-Batterien

Elektro-Ingenieur
**Max Jaekel * W.-Altwasser**
z. Zt. Hotel „Villa Nova"
Telephon 867

Heiz- und Wärme-Apparate
Akkumulator-Ladung u. Reparatur
Magnet- und Zündlicht-Anlagen
sowie deren Reparatur
Taschenlampen-Batt. zu 0.45 u. 0.50 RM.

**A. R. Strauss**
Beerdigungs-Anstalt „Pietät"
Schweidnitz, Äußere Kirchstraße 7
Fernsprecher 112
**Särge :: Leichenwäsche**
**Leichenwagen u. Träger**
**Überführungs-Auto**

# Severing hat's geschafft

## Die Unternehmer-Presse ist zufrieden

Daß Severing seinen Schiedsspruch vornehmlich im Interesse der Unternehmer fällen würde, war nach dem bekannten Vorspiel zu erwarten. Sein Richteramt hatte das „blinde" Vertrauen der Unternehmer und ihrer Presse, die ja wußten, was gespielt wurde. Jetzt, nachdem Severings Spruch öffentlich bekannt ist, atmet die gesamte bürgerliche Presse noch einmal ordentlich auf: Severing hat's geschafft! Deshalb spendet sie ihm nochmals Lob, und besonders die bürgerlich-demokratische Presse anerkennt ihn als „Retter der Staatsautorität". So erklärt das „Berliner Tageblatt":

„Die Oeffentlichkeit nimmt mit Anerkennung für Severing zur Kenntnis, daß mit der bedingungslosen Annahme seines Spruches die in Mitleidenschaft gezogene Autorität des Staates wiederhergestellt wird!"

Die „Morgenpost" stellt sich vor Freude auf den Kopf und faselt:

„Der Staat blieb Sieger! — Freiwillig haben sich die Eisenherren an der Ruhr unterworfen (?!), freiwillig binden sie sich an eine Vertragsdauer, die den Arbeitsfrieden auf fast zwei Jahre — eine ungewöhnlich lange Zeit (!) — sichert. Freiwillig verpflichten sie sich auch, Kündigungsabsichten dem Partner mindestens einen Monat vorher mitzuteilen. Da zweimonatige Kündigungsfrist vereinbart ist, wird man sich also schon drei Monate vor dem gefährlichen Termin über alles in Ruhe unterhalten können."

Jeder Arbeiter wird insbesondere nach dem Schiedsspruch Severings den ganzen Schwindel, den die bürgerliche und SPD.-Presse mit der Frage der Staatsautorität getrieben hat und jetzt wieder treibt, erkennen. Nur die wirtschaftliche und politische Macht, die ihre Vertretung in der Koalitionsregierung hat und faktisch die „Staatsautorität" darstellt, war bei der Entscheidung Severings maßgebend und hat natürlich einen Sieg errungen. Nämlich, den Unternehmerinteressen ist in weitgehendem Maße Rechnung getragen und gegen die Arbeiterschaft entschieden worden. Das kommt vornehmlich auch in dem Jubel der bürgerlichen Presse über die lange Laufdauer des Tarifvertrags zum Ausdruck. Wir zitierten schon diesbezüglich die „Morgenpost". Die „Vossische Zeitung" schreibt noch deutlicher:

**„Die Hauptsache bleibt, der Arbeitsfriede ist für lange Zeit gesichert, die Eisenwirtschaft ist wieder im Gang, und einer der unheilvollsten Konflikte in der deutschen Industrie ist endgültig beigelegt."** (!)

Hier kommt deutlich die Befriedigung zum Ausdruck, daß Severing durch seinen Spruch die Hungerlöhne der Ruhrarbeiter auf Jahre hinaus festgelegt hat.

Die Unternehmerpresse hofft dazu, daß Severing bei seiner Tätigkeit so viel Erfahrungen gesammelt hat, daß er sich in der Koalitionsregierung dafür einsetzen wird, daß das Schlichtungswesen umgestaltet, d. h. noch reaktionärer im Sinne der Unternehmer verändert wird. Demgemäß schreibt die volksparteiliche „DAZ.":

„Unverkennbar ist im übrigen die Einstellung des Ministers, der einer gesetzlichen Aenderung des Schlichtungswesens keineswegs unsympathisch gegenüberzustehen scheint." (!)

Die obigen Zitate sind nur ein paar Beispiele. Die schlesische und oberschlesische bürgerliche Presse ist ebenfalls mit dem Schiedsspruch zufrieden. Die Arbeiter können daraus erkennen, was es mit dem Geschrei der SPD.-Presse, daß Severing den Forderungen der Arbeiterschaft weitgehend Rechnung getragen hat, auf sich hat. Der Severingsche Schiedsspruch ist nur geeignet, die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Kampf gegen den Reformismus, den besten Verbündeten der Bourgeoisie, vorwärtszutreiben.

# Bauarbeiter protestieren gegen Unterstützungsraub

**Der Schandstreich gegen die Saisonarbeiter, der auf Initiative der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, des Arbeitsministers Wissell und der SPD.-Fraktion im Reichstag durchgeführt wurde, hat unter der Arbeiterschaft Empörung hervorgerufen. In allen Orten des Reiches protestieren die Arbeiter auf das entschiedenste gegen den Unterstützungsraub.**

**In Chemnitz protestierten die Bauarbeiter in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung und forderten die volle Unterstützung für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit. Im Bezirk Erzgebirge-Vogtland fand eine Reihe öffentlicher Versammlungen statt, die einmütig gegen den Unterstützungsraub durch die Koalitionsregierung Verwahrung einlegten.**

**In Leipzig hat sich die Protestaktion auf alle Betriebe ausgedehnt und führte zu Arbeitsniederlegungen, indem die Bauarbeiter von Eutritzsch auf dem Marktplatz eine Demonstrations-Versammlung abhielten, an der 1000 Bauarbeiter teilnahmen. Ueberall wurden Resolutionen an die „Arbeiterzeitung" und Protesttelegramme an die Reichstagsfraktion der KPD. und SPD. angenommen. Die „Leipziger Volkszeitung", das „linke" Organ, lehnte die Veröffentlichung der Resolutionen ab und verwies die Bauarbeiter an die Gewerkschaft.**

**Die baugewerblichen Verbände von Halle sandten ein Protesttelegramm an den Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages, in welchem energisch gegen den Raub an Unterstützungen an den Bauarbeiter protestiert wird.**

**In allen Kundgebungen wurde der Gewerkschaftsbürokratie das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, da sie nicht das geringste zur Verhinderung dieser Ausnahmeverordnung getan habe.**

**Bauarbeiter, verstärkt die Protestwelle gegen die Machenschaften der Reichsanstalt und die Koalitionspolitik der SPD.-Minister! Keine Gewerkschaftsversammlung, keine Baustelle, die nicht zu dem Raub an Unterstützungen an den Saisonarbeitern Stellung genommen hat. Verstärkt die außerparlamentarische Aktion gegen die Trustbourgeoisie und ihre Lakaien bis zur Beseitigung der Schandbestimmungen.**

# Polizeibeamte, die Opfer militärischer Spielerei

Vor wenigen Tagen wurde der Oberwachtmeister Großmann in Gotha bei einer Handgranatenübung tödlich verletzt. Ein Kollege des Getöteten schreibt unserem Bruderorgan in Gotha, dem „Thüringer Volksblatt", über die Ursachen an dem Unglück. Er teilt mit, daß die Thüringer Landespolizei regelmäßige Handgranatenübungen abhält. Diese Handgranaten sind altes Kriegsmaterial, also 10—15 Jahre alt und das Unzuverlässigste, was es gibt. Sie dürfen nicht ausgezählt werden, sondern müssen sofort nach dem Abzug fortgeworfen werden. Diesmal erfolgte das Kommando zum Handgranatenwerfen an einem frostigen Dezembertage, so daß den Beamten beim Ueben die Hände vor Kälte steif waren. Nur so erklärt sich das Unglück. Die Kollegen des Toten sind über ihre vorgesetzten Stellen empört. Die Frau des toten Kollegen stand kurz vor der Niederkunft. Die Beerdigungsfeier, die mit militärischem Pomp vor sich ging, war für sie eine Qual. Sie durfte ihren Mann nicht einmal mehr sehen, da er gräßlich zerfetzt und entstellt war. Um die Witwe kümmert sich die Behörde nicht. Die Pension ist so dürftig, daß die Kollegen eine Sammlung veranstalten mußten, um ihr zu helfen. Die Beamten fordern, daß endlich Schluß gemacht wird mit militärischen Spielereien.

# Nach dem Schiedsspruch — Eisenpreiserhöhung

Schon vor einigen Tagen teilte die „Deutsche Zeitung" mit, daß die Eisenindustriellen je nachdem, wie Severings Schiedsspruch ausfallen würde, die Eisenpreise erhöhen wollten. Jetzt hat Severing seinen Schiedsspruch gefällt. Trotzdem er fast restlos im Interesse der Unternehmer liegt, erklärt die schwerindustrielle Presse und die sie instruierende Hugenbergsche Telegraphen-Union, daß die geringe Lohnerhöhung für die Zeitlohnarbeiter in Severings Schiedsspruch der schweren wirtschaftlichen Lage der Unternehmer nicht Rechnung trage. Dieses plumpe Manöver läuft in erster Linie darauf hinaus, der Oeffentlichkeit die Notwendigkeit einer neuen Eisenpreiserhöhung plausibel zu machen. Die „Vossische Zeitung" berichtet darüber: „Es hat jedoch den Anschein, als trage man sich in Arbeitgeberkreisen bereits mit dem Gedanken, die Mehrbelastung, die durch den Zustand hervorgerufen wurde, durch eine teilweise Eisenpreiserhöhung abzuwälzen"!

Nach anderen Pressemeldungen will der Arbeitgeberverband der Eisenindustriellen Nordwest in den nächsten Tagen zum Schiedsspruch Stellung nehmen, und gleichzeitig die Entscheidung über die Eisenpreiserhöhung treffen. — Es ist klar, diese Eisenpreiserhöhung, die in ihrer Auswirkung zu einer neuen Massenbelastung führen muß, wird den Unternehmern an der Ruhr nicht nur einen „Ausgleich" für die jetzt festgelegte geringe Lohnerhöhung bringen, sondern darüber hinaus ihnen noch Millionen Mehrgewinn sichern. Nach dem bisherigen kann niemand daran zweifeln, daß die Koalitionsregierung der Eisenpreiserhöhung ihre Zustimmung geben wird.

# Geßler fordert

„Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet."

**Die deutsche Bourgeoisie hat mit großer Zähigkeit ihre Wehrmacht aufgebaut und hat dabei zwar die Fesseln des Versailler Vertrages berücksichtigt, es aber doch verstanden, über den Rahmen des Vertrages hinaus die Wehrmacht, legal und illegal, auszubauen. Das kann an Dutzenden von Beispielen illustriert werden. Bisher geschah das unter dem Deckmantel der Forderung nach Abrüstung der anderen Staaten, nachdem der Versailler Vertrag für Deutschland bestimmte militärische Grenzen zog. Stresemann wurde nicht müde, im Völkerbund, dieser Aktiengesellschaft zur Ausplünderung der kleinen Nationen, die Abrüstung der anderen imperialistischen Räuber zu erlangen. Jetzt geht die Bourgeoisie einen Schritt weiter und verlangt „Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet".**

**Reichswehrminister a. D. Geßler, der bekanntlich über die großen Unterschlagungen in der Wehrmacht gestolpert ist, hat in München vor dem Jungakademischen Club über den Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht gesprochen. Nach einem Bericht der „Berliner Börsen-Zeitung" ging er den außen- und innerpolitischen Wurzeln der Entwicklung der deutschen Wehrmacht nach, streifte die Einstellung der verschiedenen Mächte zu den Abrüstungsdebatten und betonte zu der innerpolitischen Frage, eine Regierung, die sich auf das Heer verlassen wolle, dürfe nicht ständig vom Abbau des Heeres reden und jede Heeresausgabe bekritteln ... Deutschland könne nur immer wieder Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet verlangen.**

**Das ist deutlich! Diese Forderung nach „Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet" entspricht durchaus dem gegenwärtigen Stärkeverhältnis der deutschen Bourgeoisie zu den anderen imperialistischen Staaten, und wenn die Arbeiterschaft das nicht verhindert, wird in absehbarer Zeit die deutsche Bourgeoisie eine Aufrüstung betreiben, wie dies in anderen imperialistischen Ländern heute schon geschieht.**

**Diese Entwicklung fördert die SPD. Der nächste Parteitag soll sich mit der Wehrfrage beschäftigen, und es ist heute schon klar: die Koalitionspolitiker werden ein aktives Wehrprogramm beschließen, und theoretisch das rechtfertigen, was sie heute schon praktisch tun.**

# 4500 Mark pro Pfaffen, 1,50 Mark pro Erwerbslosen

Im Thüringer Landtag lagen vor einigen Tagen Anträge der kommunistischen Fraktion vor, die verlangten, daß erstens sämtlichen Fürsorgeberechtigten eine Winterbeihilfe von 25 Mark bis zum 15. Dezember auszuzahlen ist, und außerdem ein Antrag, die Krisenfürsorge auf 39 Wochen zu verlängern.

In der Begründung der Anträge wurde seitens der kommunistischen Fraktion festgestellt, daß es in Thüringen Elendsgebiete gibt, in denen 25 Prozent der Arbeiterschaft seit neun Monaten arbeitslos sind. Wo eine Verfügung für die Arbeiter günstig ist, wird sie nicht angewendet, dagegen aber ungünstige Bestimmungen sofort verfügt. Seit Juli hat sich in Thüringen die Erwerbslosenzahl verdoppelt. Das Gesetz gibt in solchen Fällen die Möglichkeit, die Erwerbslosenunterstützung auf 39 Wochen zu verlängern. Davon wurde kein Gebrauch gemacht.

Für 67 000 Erwerbslose sind 100 000 Mark eingesetzt, d. h. 1,50 Mark für den Mann. Zu gleicher Zeit aber will die Regierung 3,6 Millionen für die Inflationsentschädigung von 800 Pfarrern hergeben, jeder Pfarrer soll mindestens 4500 Mark Aufwertungsgehalt bekommen.

Die Sozialdemokraten zeigen auch hier, daß sie für die Not der Erwerbslosen nicht das geringste Verständnis aufbringen. So verteidigte z. B. der Abgeordnete Lartz die Untersuchung der Bedürftigkeit bei der Unterstützung von Erwerbslosen und die Forderung der Rückzahlung. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Kommunisten über die Ausdehnung der Krisenfürsorge abgelehnt, ebenso der Antrag auf die Winterbeihilfe.

# Wie es Bernard Shaw in Ungarn ergehen würde

Bernard Shaw hat jüngst anläßlich der Zehnjahresfeier der tschechoslowakischen Republik auch einige, übrigens ziemlich zahme, kritische Bemerkungen über das gegenrevolutionäre Regime in Ungarn fallen lassen. Die ungarische Regierungspresse war darüber maßlos erbittert und richtet seither eine unaufhörliche Schimpfkanonade gegen den Dichter. Zuerst versuchten die Londoner Emissäre der Bethlen-Regierung Bernard Shaw durch „aufklärende" Zuschriften umzustimmen. Da diese Versuche mißlangen, will jetzt das führende und vornehmste Organ der Regierung, der „Pester Lloyd", beweisen, daß Bernard Shaw ein ganz gemeiner — Kommunist sei. Oberregierungsrat Tolnay schrieb in dieser Zeitung:

**„Bernard Shaw hat abscheuliche Dinge über Ungarn behauptet. Es war eine vergebliche Mühe, mit ihm zu diskutieren ... Seine ganze Ueberredungskunst und sein Geschick bestehen eben darin, die Dinge völlig zu verdrehen ... Als die ganze gesittete Menschheit vor den bolschewistischen Greueln erschauerte, wurde Bernard Shaw zum Kommunisten und verteidigt ganz offen und unverhohlen die gemeinsten Untaten Moskaus. In Ungarn oder in verschiedenen anderen Ländern hätte man ihn wahrscheinlich hinter Schloß und Riegel gesteckt, und die Gesellschaft hätte ihn boykottiert."**

In der Tat sind in Ungarn weit mäßigere Kritiker des Terrorregimes eingekerkert und halbtot gepriegelt worden. Die Brachialformationen der Universitätsstudenten haben nun gegen Bernard Shaw den strengsten Boykott verhängt. Seine Werke dürfen nicht mehr in Theatern vorgeführt und nicht einmal in den Schaufenstern der Buchhandlungen ausgestellt werden. Es ist zu erwarten, daß die politische Polizei bald in den Gewerkschaftsbibliotheken überfallartige Haussuchungen vornehmen wird, um die „kommunistischen Hetzbroschüren" Bernard Shaws zu konfiszieren und auf den Scheiterhaufen zu werfen.

# Neuer Anschlag auf die KPTsch.

Von O. B.

Nach der Einstellung einer Reihe von kommunistischen Blättern bietet die Bourgeoisie alles auf, um durch ihren Staatsapparat und durch faschistische Methoden die KPTsch. materiell noch fühlbarer zu treffen. Es ist beabsichtigt,

**die Parteidruckerei in Prag lahmzulegen,**

und zwar durch ein Gerichtsverfahren gegen den Genossen, auf dessen Name die Konzession läuft, um diese zu kassieren und die Druckerei stillzulegen. Gestern wurde die erste derartige Anklage verhandelt, und der betreffende Genosse, auf dessen Namen die Konzession lautet, wurde zu 15 Tagen Arrest verurteilt, weil er angeblich die Pflichten hinsichtlich der Vorlegung aller Druckschriften bei der Zensur nicht erfüllte. Dies ist natürlich nur ein Vorwand. Gegen den betreffenden Genossen liegen jedoch noch mehrere solcher Anklagen vor, und wie die Praxis schon seither bewies, wird er bei diesen Prozessen sicher verurteilt werden. Laut dem Gesetz kann aber das Gericht, wenn der Inhaber irgendeiner Druckerei oder der Konzessionär dreimal wegen Nichterfüllung seiner Pflichten verurteilt ist, diesem die Konzession entziehen. In einem solchen Fall darf ein derartiger Inhaber einer Druckerei seinen Betrieb nicht mehr weiterführen und die Druckerei kann, falls niemand anderes für einen solchen Betrieb die Konzession erwirbt, geschlossen werden. Es ist selbstverständlich, daß bei der Parteidruckerei niemand die Konzession erhalten kann, weil, falls sich jemand um diese Konzession bemühen sollte, das Gewerbegericht ihm das Recht zur Konzession nicht erteilen wird. Die Behörden wollen jetzt erreichen, daß der einzige Genosse, welcher die Konzession hat, derselben beraubt wird.

# Kriegsvorspiele der Tschechoslowakei

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch weilt gegenwärtig zu einem politischen Besuch in Paris. Er hatte nicht nur eingehende Aussprachen mit dem Innenminister Tardieu, sondern auch mit Marschall Foch. Foch ist der militärische Leiter der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Wir haben vor wenigen Tagen berichtet, daß das amtliche Organ des tschechischen Kriegsministeriums eine Kampagne eröffnete für die Notwendigkeit der Einbeziehung der Tschechoslowakei in die militärische Front gegen die Sowjetunion.

In der Ausschußsitzung des tschechoslowakischen Parlaments kam es am 20. Dezember zu stürmischen Auseinandersetzungen, als der Genosse Stern für den Klub der kommunistischen Abgeordneten kategorisch verlangte, ein Vertreter der Regierung möge zu den bekannten Artikeln in dem Organ des Kriegsministeriums „Vecer" Stellung nehmen. Der Vorsitzende des Ausschusses, der tschechische Sozialdemokrat Tomasek, wollte dem Genossen Stern das Wort nicht erteilen. Auch der Sozialdemokrat Dr. Czech verwahrte sich gegen das Auftreten des Genossen Stern. Die tschechischen Sozialdemokraten stimmten gemeinsam mit den Nationalsozialisten gegen den Antrag des Genossen Stern, ebenso wie gegen einen Antrag Czech, der forderte, daß Benesch über die letzten Waffenschmuggelaffären nach Ungarn berichtet. Die sozialdemokratischen Führer haben sich hier wieder als Helfer der Bourgeoisie bei ihren Kriegsvorbereitungen entlarvt.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Dezember nahm der kommunistische Abgeordnete Jilek das Wort und enthüllte in einer großen Rede die antibolschewistischen Feldzugspläne der tschechoslowakischen Bourgeoisie.

# Vom Gewerkschaftskongreß der USSR.

**Moskau.** Die hiesige Presse bringt jetzt das Schlußwort des Genossen Tomski auf dem VIII. Gewerkschaftskongreß der Sowjetunion nach den Debatten zu seinem Referat. Genosse Tomski geht u. a. auf die Ausführungen Tranmaels, des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Norwegischen Gewerkschaftsrates, ein. Bekanntlich hat Tranmael erklärt, der Norwegische Gewerkschaftsrat werde nur dann ein Bündnis mit den Gewerkschaften der Sowjetunion schließen, falls diese die Zusammenarbeit der norwegischen Gewerkschaften mit den der Amsterdamer Internationale angeschlossenen dänischen und schwedischen Gewerkschaften nicht stören sollte. „Ich glaube," erklärte Genosse Tomski, „daß die norwegischen Arbeiter ein Bündnis mit der Arbeiterschaft der Sowjetunion wünschen und sich bei der Entscheidung durch andere Erwägungen werden leiten lassen als Tranmael." Unter stürmischem Beifall erklärte Genosse Tomski, daß die Politik des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion keine Zunftpolitik, sondern eine Klassenpolitik war.

# Die Textilarbeiter protestieren

**Leipzig.** Am Montag voriger Woche fand hier eine Textilarbeiterversammlung statt, die zur Lage in der Textilindustrie Stellung nahm. Nach ausgiebiger Diskussion wurde eine Protestresolution gegen die Verbindlichkeitserklärung des sächsischen Textilschiedsspruches angenommen.

**Chemnitz.** Am vorletzten Sonntag fand hier eine Textilarbeiterinnenkonferenz statt, die von allen Chemnitzer Textilbetrieben beschickt wurde. Einstimmig wurde eine Entschließung gefaßt, die die gesamte sächsische Textilarbeiterschaft aufruft, trotz der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches den Kampf für die Forderungen der Gewerkschaftsopposition aufzunehmen. Eine öffentliche Textilarbeiter-Jugendversammlung in Chemnitz, die von guter Kampfstimmung getragen war, nahm einstimmig eine Resolution an, die sich gegen die verräterische Handlungsweise der Reformisten wendet und die Textilarbeiter auffordert, betriebsweise den Kampf aufzunehmen. Die Monatsversammlung des Textilarbeiterverbandes Osnabrück faßte eine Resolution, in der auf das schärfste gegen die Annahme des Schiedsspruches durch den Textilarbeiterverband protestiert wird.

Die am 18. Dezember in Elberfeld stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Unternehmerverband und den Gewerkschaften sind gescheitert. Unter allen Umständen wollen die Textilbarone einen Lohnabzug von 8½ Prozent durchsetzen. Am Donnerstag, dem 20. Dezember, finden die Verhandlungen vor der Schlichtungskammer in Elberfeld statt. Es dürfte zweifellos vom Schlichter ein genau so arbeiterfeindlicher und reaktionärer Schiedsspruch wie die bisher in den Textilgebieten gefällten, auch in Elberfeld für die Wuppertaler Textilarbeiter herauskommen. In Frage kommen etwa 55 000 Arbeiter. Die Forderungen der Arbeiter betragen 15 Prozent.

# Die Militärpolitik der Kommunisten

**Von K. Schmidt**

### I. Sozialdemokratische „Wehrdebatten" und ihr Hintergrund.

Gegenwärtig finden wir in den sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften eine rege Diskussion der „Wehrfrage". Der im Frühjahr stattfindende Parteitag der SPD. soll ein „Wehrprogramm" schaffen, eine besondere Kommission leistet die nötigen „Vorarbeiten" usw. Diese merkwürdige Geschäftigkeit findet eine sehr einfache Erklärung: Wenn Könige bauen, haben die Kärrner zu tun. Die Bourgeoisie rüstet zu einem neuen imperialistischen Krieg. Die Sozialdemokratie aber hat die Aufgabe, die notwendigen ideologischen Voraussetzungen zu schaffen, die Rüstungspolitik theoretisch zu begründen, das Proletariat in die neue Massenmilitarisierung einzuspannen.

Die Bourgeoisie hat aus der revolutionären Zersetzung der Armeen im letzten imperialistischen Kriege gelernt. Sie ist in fast allen imperialistischen Ländern dabei, einen neuen Typus der Armeen zu schaffen: den Typus des Söldnerheeres aus ausgewählten, verläßlichen Elementen, das als Kadre und Deckungsarmee dient und durch eine neue, bisher unerhörte Militarisierung der Massen, auch der Frauen und der Jugend, ergänzt wird. Der erste Teil dieser Militärreform ist leicht zu lösen; er war in England schon vor dem Weltkriege vorhanden, ist Deutschland durch den Versailler Vertrag „aufgezwungen" und in Frankreich durch das Gesetz über die Kadres vom Jahre 1927 geschaffen worden. Viel schwieriger ist es, die Militarisierung der breiten, vorwiegend proletarischen Massen durchzuführen. Dies vermag die Bourgeoisie nicht ohne Hilfe der Sozialdemokratie. Der Sozialdemokrat Paul Boncour hat diese Arbeit für den französischen Imperialismus mit den berüchtigten Militärgesetzen begonnen. Die deutsche Sozialdemokratie tut für den neuen deutschen Imperialismus durch ihre Reichsbannerpolitik dasselbe. Die Deckung und Durchführung der Aufrüstung des deutschen Imperialismus und speziell der neuen Militarisierung der proletarischen Massen — das ist die eine Hauptaufgabe der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Koalition. Die reaktionäre „Berliner Börsen-Zeitung" spricht dies mit voller Offenheit aus:

> **„Zur Aufstellung und Durchsetzung dieses Programms (d. h. der imperialistischen Aufrüstung. K. S.) gehört Mut. Ihn aufzubringen, auch gegen Widerstände von unten, sollte denen nicht schwer fallen, die das System der parlamentarischen Demokratie nach oben getragen haben in die Sphären verantwortungsvoller und verantwortungsbewußter Arbeit am Staat. Severing hat kürzlich im Reichstag das Wort gesprochen: „Es schadet nichts, wenn Männer, die im öffentlichen Leben stehen, eine Art Initiative entwickeln." Hier ist eine Gelegenheit dazu."**
>
> **(„Berliner Börsen-Zeitung" vom 5. Dezember 1928.)**

In der Panzerkreuzeraffäre hat die Sozialdemokratie anfangs recht ungeschickt manövriert und eine schwere Schlappe davongetragen. Große Teile ihrer Mitglieder haben rebelliert. Nun soll durch ein „Wehrprogramm" die Unterstützung der imperialistischen Rüstungspolitik besser „theoretisch" verkleidet und gerechtfertigt, es soll die „wissenschaftliche", „sozialistische" Plattform für den neuen Militarismus, für den kommenden Krieg geschaffen werden.

Dies ist die Ursache der großen Artikel in der sozialdemokratischen Presse über das „Wehrproblem". Gerade die „Linken", wie Paul Levi, Max Adler, Bieligk usw., machen dabei den größten Lärm und wenden die raffiniertesten Methoden zur Täuschung der Massen an. Wir werden dafür noch Beispiele anführen.

Diese „wehrpolitische" Phrasendrescherei der Sozialdemokratie erscheint in einem besonderen Licht, wenn man beachtet, daß die Rüstungen und Militärreformen aller imperialistischen Staaten schon heute vor allem einen neuen Typus des Krieges ins Auge fassen: den konterrevolutionären Klassenkrieg gegen den „asiatischen Bolschewismus", gegen die Sowjetunion, einen Krieg, der von vornherein mit dem offenen Bürgerkrieg gegen das „eigene" revolutionäre Proletariat verbunden sein wird. Es ist klar: Die ideologische Vorbereitung dieses Krieges ist eine Aufgabe, die am besten die Sozialdemokratie lösen kann.

**Wenn wir Kommunisten gegenwärtig ebenfalls die Militärfrage vor den Massen aufrollen — und das müssen wir tun — so hat dies einen ganz und gar anderen Sinn als die gegenwärtige militärpolitische Geschäftigkeit der SPD. Wir wollen dabei nicht nur die sozialdemokratischen Manöver entlarven, sondern zugleich, anknüpfend an die Maßnahmen der imperialistischen Militärpolitik, unser revolutionäres Militärprogramm in die Massen tragen.**

Der VI. Weltkongreß der Komintern hat uns dies zur Pflicht gemacht und in seinen Kriegsthesen[1]) (besonders im 3. Abschnitt) eine Anleitung und theoretische Grundlage für diese Arbeit gegeben.

### II. Gegen die Vaterlandsverteidigung — nicht bloß mit Worten!

Die „Wehrpolitik" aller Sozialdemokraten — auch der „linkesten" — unterscheidet sich nur durch Schattierungen und die angewandten Parolen, höchstens durch die vorgeschlagenen Mittel, von der Wehrpolitik der bürgerlichen Parteien. Ihr Grundgedanke und ihr Zweck ist derselbe: die **„Verteidigung des Vaterlandes", die** — solange der Kapitalismus herrscht — **nur eine Verteidigung der Bourgeoisie, der Ausbeutung und Unterdrückung ist.** Die Rechten, wie Stampfer, Severing, Höltermann, sagen dies offen. Die „Linken" aber machen die Frage von der Mehrheit im Parlament abhängig, oder sie reden von einer „revolutionären" Vaterlandsverteidigung in einem imperialistischen Krieg. So schreibt z. B. Paul Levi:

> **„Das Bestehen kapitalistischer Regierungen an der Spitze eines um seine Freiheit kämpfenden Volkes hemmt die Höchstentfaltung der Volkskraft. Erst die Beseitigung dieser Regierung nimmt der Wehrkraft der breiten Massen die letzten Fesseln. Der revolutionäre Krieg, welcher den Sturz der kapitalistischen Regierung bringt, erhebt den Willen und die Kraft eines Volkes zu seiner höchsten Höhe."**
>
> **(„Der Klassenkampf" Nr. 23 S. 707.)[2])**

[1]) Siehe Inprekorr Nr. 130, 28. 11. 1928 Sondernummer 38.

[2]) Anmerkung: Paul Levi hat neuerdings in einer Broschüre ausführliche [illegible] und ein Wehrprogramm der Sozialdemokratie entworfen — [illegible] die Zeitung Deutsch in der „G[illegible]". Zu diesem Programm [illegible] werden wir in einem besonderen Artikel ausführlich Stellung nehmen.
Die Redaktion.

Was soll dieses Gefasel von einem „revolutionären Krieg" und „um die Freiheit kämpfenden Volk" im gegenwärtigen imperialistischen Deutschland? Es ist klar: auch dieser „Linke" steht auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung, die gegenwärtig nichts anderes als eine Verteidigung des Imperialismus sein kann.

Die „Wehrpolitik" der Kommunisten in den imperialistischen Ländern unterscheidet sich von allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Wehrprogrammen nicht bloß durch den Grad ihres „Radikalismus", sondern grundsätzlich; sie ist deren gerades Gegenteil. Ihr Ziel ist nicht die Landesverteidigung, auch nicht in den „demokratischsten" und „revolutionärsten" Formen. Sie verneint diese Landesverteidigung, solange die Bourgeoisie herrscht, sie tritt konsequent für die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg ein, und zwar nicht nur platonisch. Ihr Ziel ist die Bewaffnung des Proletariats, der gewaltsame Sturz und die Entwaffnung der Bourgeoisie. Die kommunistische Wehrpolitik ist international. Die Kommunisten aller imperialistischen Länder verfolgen dieselbe Politik. Ihre zentrale internationale Aufgabe ist gegenwärtig die Verteidigung der Sowjetunion und im Kriegsfalle deren Sieg über die kapitalistischen Gegner.

### III. Nicht „Demokratisierung", sondern Sprengung!

Die Hauptforderung des sozialdemokratischen „Wehrprogramms" ist die sogenannte Demokratisierung der Reichswehr. „Unser Kampf geht nicht gegen, sondern um die Reichswehr" — so lautet das Schlagwort der Hilferding, Severing usw. Aber auch die „Linken" vertreten diese Forderung der „Demokratisierung" — wenn auch mit etwas anderen Worten. So schreibt der Austromarxist Max Adler (im „Klassenkampf" Nr. 23, S. 710), daß es nötig sei, diese Forderung **„insbesondere zum Angelpunkt jeder Koalitionspolitik zu machen"**. Wo ist hier ein Unterschied zwischen „rechts" und „links"? Wenn er die Formel des Heidelberger Programms: „Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik" für „illusionistisch" erklärt, und an ihre Stelle setzt: „Nur eine sozialistische antimilitaristische Aufklärung (nebenbei: nicht in, sondern nur außerhalb der Armee! K. S.) . . . wird und muß schon die Quellflüsse erfassen, aus denen die Wehrmacht im Klassenstaate sich immer wieder ergänzt, und wird somit die Vorbedingung einer Umgestaltung derselben (der Wehrmacht, K. S.) von innen heraus schaffen" —, so ist das im Wesen dasselbe: nämlich Umgestaltung der Wehrmacht „im Klassenstaate", d. h. bei Erhaltung und Verteidigung des Klassenstaates . . .

Die Kommunisten stellen diesen reformistischen Auffassungen die Lehre des Marxismus gegenüber: **die Armee ist nichts anderes als ein Teil des Staats, des „geschäftsführenden Ausschusses" der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats.** Wie auch die demokratischste bürgerliche Republik ein Unterdrückungsapparat ist, so ist **auch die demokratischste bürgerliche Armee** (auch die allgemeine Volksmiliz) **eine Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat.** Friedrich Engels hat — im Gegensatz zu diesem kläglichen „linken" Max Adler — nicht von der „Ummandlung" der bürgerlichen Armee gesprochen, sondern von ihrer **„Sprengung von innen heraus"**, er hat dem Proletariat nicht die Aufgabe gestellt, „den Wehrapparat (von der Bourgeoisie. K. S.) zu übernehmen und nötigenfalls auszubauen" (Max Adler), sondern ihn zu zerstören. Dies war die grundlegende Lehre, die Marx aus der Pariser Kommune zog und die die russische Revolution praktisch auf größter Stufenleiter befolgt hat. Auf ihrem Boden steht auch die Militärpolitik der Kommunisten.

Das heißt aber keineswegs, daß wir auf alle demokratischen Teilforderungen verzichten. Im Gegenteil, wir stellen eine ganze Reihe solcher Forderungen auf: politische Rechte für die Soldaten, Recht auf gewerkschaftliche Organisierung usw.; aber ihr Ziel ist ein ganz anderes! Darüber sagen die Thesen des VI. Weltkongresses:

> „Die demokratischen Teilforderungen, auf die das Proletariat keineswegs verzichtet, gewinnen einen ganz anderen Charakter als zur Zeit der demokratischen Revolution, ihr Ziel ist nicht die Demokratisierung der Armee (bzw. Miliz), sondern ihre Zersetzung."

Unter diesen Teilforderungen zur Mobilisierung der Massen zählen die Thesen des VI. Weltkongresses noch auf:

> **„Auflösung der Söldnerheere, Kader und Kerntruppen. Entwaffnung und Auflösung der Gendarmerie, Polizei und anderer spezieller Bürgerkriegstruppen. Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände".**

Aber ist „Auflösung der Reichswehr" nicht auch die Losung einiger „linken" Sozialdemokraten? Richtig: der pazifistische Flügel der „Linken" vertritt diese Idee als Konkretisierung der illusionären Forderung der Abrüstung. Wir aber verbinden sie mit den Losungen: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats.

**Im übrigen handelt es sich nicht nur um Worte, sondern um Taten. In ihren phrasenreichen Reden haben einige der „linken" Führer in letzter Zeit sogar mit der Bewaffnung des Proletariats gespielt. Aber keiner hat den Punkt berührt, auf den es gegenwärtig praktisch ankommt: das Zerbrechen des bürgerlichen Staatsapparates, die revolutionäre Arbeit in den Armeen.**

### IV. Gegen die Forderung der Volksmiliz.

**Die militärpolitische Forderung der II. Internationale war „Auflösung der stehenden Heere, Volksmiliz". Gerade im Namen dieser Tradition von Bebel und Jaurès haben die französischen Sozialdemokraten die Armeereform entworfen und bewilligt. In Deutschland hat die offizielle Sozialdemokratie bis jetzt im allgemeinen diese Parole abgelehnt, weil sie der deutschen Bourgeoisie vorläufig noch nicht paßt. Aber einige „linke" Sozialdemokraten haben dennoch diese Forderung als „Erneuerung der alten revolutionären Parole" aufgestellt und es ist sehr wahrscheinlich, daß die SPD. zu gegebener Zeit dieselbe demagogisch verwenden wird, wie ihre französische „Bruderpartei". Es ist daher unsere Pflicht, die Forderung der Miliz in voller Schärfe zu bekämpfen. Die Kriegsthesen des VI. Weltkongresses sagen über diese Milizlosung:**

> **„Die Losung der Volksmiliz, die der Epoche der Bildung der Nationalstaaten in Europa entsprach, besaß in Verbindung** mit der Forderung der Auflösung der stehenden Heere noch eine revolutionäre Bedeutung, solange der Zarismus und Absolutismus eine reaktionäre Drohung für Europa bildete (bis zur Jahrhundertwende). Mit dem Heranreifen des Imperialismus wird diese Losung unzulänglich und schließlich zu einer chauvinistischen Parole (Hyndman, 1912)."

Auch die Miliz ist eine Form der Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat, sie muß genau so bekämpft werden, wie die stehenden Heere.

Prüfen wir nun die Lage im heutigen Deutschland! Man könnte mit „revolutionären" Argumenten kommen: das deutsche Proletariat kennt nicht mehr den Gebrauch der Waffen, wie will es eine Revolution machen? Daher müssen wir „für die allgemeine Wehrpflicht in Form der Miliz" (Heinrich Brandler in seinem Entwurf zu einem Aktionsprogramm, „Kommunistische Internationale" 1927, Heft 2) eintreten. Auch würde unsere revolutionäre Arbeit leichter sein als im Söldnerheer. Darauf sagen die Thesen des 6. Weltkongresses:

> „**Die demokratische Miliz, die allgemeine Wehrpflicht, die militärische Jugenderziehung, alles einmal Forderungen der revolutionären Demokratie,** sind heute reaktionäre Maßregeln zur Unterdrückung der Massen, zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges, sie müssen aufs schärfste bekämpft werden. Dies gilt auch in jenen Ländern, in denen die Bourgeoisie zu Söldnerheeren übergegangen und die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft ist (z. B. Deutschland). **Obwohl die allgemeine Wehrpflicht die revolutionäre Arbeit erleichtern und die Arbeiter im Waffengebrauch üben würde, können die Kommunisten in einem imperialistischen Lande sie nicht fordern, sie müssen sie ebenso bekämpfen. wie das System der Söldnerheere."**

Im übrigen ist es sicher, daß die deutschen Imperialisten — und mit ihnen die deutsche Sozialdemokratie — **sehr bald wieder** die allgemeine Wehrpflicht (vielleicht eben in der Form der Miliz) zu ihrem Programm machen werden (**natürlich bei Auf**rechterhaltung der Reichswehr, als Reserve). **Die Forderung** der Miliz im gegenwärtigen Deutschland aufstellen, **heißt daher,** in die Fußtapfen der Sozialchauvinisten treten.

Die Kommunisten kämpfen gegen Miliz und allgemeine Wehrpflicht. Aber wie? Etwa wie die Pazifisten unter den „linken" Sozialdemokraten, die sofortige Abrüstung fordern? **Nein.** Wir stellen der imperialistischen Massenmilitarisierung die Losung der **Bewaffnung des Proletariats** entgegen. **Wir treten** — wie Lenin sagt — nicht für eine **bürgerliche,** sondern **für eine proletarische** Miliz, eine Klassenmiliz der **Werktätigen** unter der Führung des Proletariats ein.

Wie ist aber diese Losung „proletarische Miliz" (oder „Werktätigenmiliz") zu verstehen? Ist dies ein Ersatz für die alte Losung der Volksmiliz, eine demokratische „Etappe" auf dem Wege zur Bewaffnung des Proletariats? Darüber sagen die Thesen:

> **„Die Parole der proletarischen Miliz (Werktätigenmiliz, Arbeiter- und Bauernmiliz) ist für die imperialistischen Länder nur eine andere Form der Parole der Bewaffnung des Proletariats und entspricht einem notwendigen Durchgangsstadium der Militärpolitik der proletarischen Revolution in der Periode vor der Schaffung der Roten Armee. In nicht unmittelbar revolutionärer Situation besitzt sie bloß propagandistische Bedeutung. Doch kann sie auch dann im Kampfe gegen den Faschismus aktuell werden."**

### V. Die Bewaffnung des Proletariats.

Es wäre also auch grundfalsch, die Milizforderung **der alten** II. Internationale nur durch das Wort **„Werktätigenmiliz" zu** ersetzen. Von der Regierung Hindenburgs und Müllers die proletarische Miliz, also die Bewaffnung des Proletariats, fordern — wäre zweifellos lächerlich. Daher sagen die Thesen mit Recht:

> **„In jedem Falle aber ist die Losung der proletarischen Miliz oder Werktätigenmiliz ein Appell an die proletarischen Massen selbst und nicht eine Forderung an die bürgerliche Regierung. Daher ist es nur in Ausnahmefällen richtig (z. B. sozialdemokratische Regierung in Ländern oder Gemeinden, sozialdemokratische Mehrheiten im Parlament und in den Massen), ihre Schaffung als Forderung an die Regierungen oder Parlamente zu richten. Die Aufstellung solcher Forderungen unter diesen Bedingungen ist aber nur ein Mittel zur Entlarvung der sozialdemokratischen Parteien."**

Die unbedingt klare Stellung dieser Frage ist deshalb unerläßlich, weil die Sozialdemokratie — wie im Ruhrkampf im Mai 1923 und in Wien nach dem Aufstand im Juli 1927 — in revolutionären Situationen zur Schaffung von gelben „Arbeiterwehren" aus ausgesuchten, unklaren oder bestochenen Arbeiterelementen **gegen das Proletariat** übergehen wird. Schon heute sehen wir eine Tendenz, sogar die kommende imperialistische Aufrüstung mit ähnlichen, schamlos verlogenen Parolen zu decken. So forderte z. B. der sozialdemokratische Polizeioffizier Schützinger kürzlich die Schaffung einer „proletarischen Armee" in Deutschland durch den imperialistischen — Wehrminister Groener!

Es ist unsere Aufgabe, schon heute gegen derartige konterrevolutionäre Manöver einen scharfen Kampf zu führen.

Die Bewaffnung des Proletariats kann nur das Werk der proletarischen Massen selbst sein unter Führung der Kommunistischen Partei. Sie ist die unerläßliche Voraussetzung der proletarischen Revolution und wird in der ersten Phase die Form von proletarischen Milizen, Arbeiterwehren, Roten Garden annehmen. Erst nach dem Sieg der Revolution wird die Organisierung einer regulären Roten Armee möglich sein.

★

Dies sind einige Hauptfragen der Militärpolitik der Kommunisten. Es ist die Aufgabe der Partei, in den kommenden Wochen und Monaten an Hand der Kriegsthesen des VI. Weltkongresses eine wirklich gründliche innere Schulung und eine breite Massenpropaganda, vor allem in den Gewerkschaften und den Betrieben, durchzuführen. Ueberall muß die Frage der Kriegsgefahr gestellt und die sozialimperialistische Wehrpolitik der Sozialdemokratie gebrandmarkt werden. Besonders die scheinrevolutionären Phrasen der „Linken" müssen wir entlarven, indem wir die **praktischen Aufgaben** des Defaitismus*) und der antimilitaristischen Arbeit in den Vordergrund stellen.

*) Defaitismus = die Ablehnung der Landesverteidigung und das Eintreten für Niederlage der eigenen Regierung.

# Breslau

## Nach dem „Fest"

Die Feiertage sind wieder vorbei. Für viele waren sie nichts anderes als die üblichen Tage der Not und des Hungers, höchstens besonders fühlbar dadurch, daß die anderen, die Satten, ihr Gesättigtsein so offen zur Schau trugen, daß der Unterschied mehr als sonst auffiel. Noch liegen nicht die Meldungen über „geglückte" oder „nicht geglückte" Verzweiflungstaten, die das Großstadtleben jede Weihnachten mit sich bringt, vor. Aber diese Meldungen werden noch kommen und dem, der vor dem „Fest der Liebe" es nicht hören wollte, vielleicht noch nachträglich zum Bewußtsein bringen, wieviel Elend zwischen dem Lichterglanz des „heiligen" Abends unbeachtet darbte.

*

Am Montagnachmittag spielten sich in der Innenstadt recht turbulente Szenen ab. Auf dem Blücherplatz prügelte man sich um den „Weihnachtsbaum". Einige Personen hatten die Wagen der Händler erklettert und wollten die sehr hohen Preise nicht zahlen. Schließlich kam die Polizei, schlug mit dem Gummiknüppel los und nahm die nicht richtig gekauften Bäume wieder ab. Vielleicht sind jetzt noch Prozesse die Folge, so daß einigen Personen der Rummel mit dem „Weihnachtsbaum" recht teuer zu stehen kommen dürfte.

*

Nach der grimmigen Kälte der Vorweihnachtstage brachte der gestrige Nachmittag Tauwetter. Wir sind also, wenn auch nicht vom Regen, so doch vom Frost in die Traufe gekommen. Besser ist dadurch die Witterung auch nicht geworden. Im Gegenteil, die Folge wird ein weiteres Anwachsen der jetzt schon hohen Krankenziffern sein.

## Der Explosionswagen war als schadhaft gemeldet

Die Untersuchung der Straßenbahnwagenexplosion vom Sonnabend hat ergeben, daß der Führer des Wagens denselben am gleichen Tage einige Zeit vor dem Unglück als schadhaft gemeldet hatte, da die Luftdruckbremse nicht in Ordnung war. Trotzdem wurde der Wagen nicht aus dem Betrieb genommen und das Ergebnis dieser unverständlichen Unterlassung war eben dann die schwere Explosion.

Wenn die Straßenbahnverwaltung in amtlichen Erklärungen bereits wenige Minuten nach dem Unglück mitteilen ließ, dasselbe wäre auf eine „Verkettung unglücklicher Zufälle" zurückzuführen, so hat dabei sicher das Bestreben eine Rolle gespielt, den eigentlichen Schuldigen nicht festzustellen. Denn dieser Schuldige ist die Straßenbahnverwaltung. Deren Pflicht wäre es gewesen, den Wagen sofort, als der Schaden an der Bremse gemeldet wurde, aus dem Verkehr zu ziehen. So aber hat man ihn noch eine Fahrt zurücklegen lassen, und die Folgen zeigen sich nun.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese grobe Nachlässigkeit der Stadt Breslau eine hübsche Stange Geld kosten, da die Verletzten sicher Schadenersatzansprüche geltend machen werden.

## Einstellung der Oderschiffahrt

Strenger Frost seit Beginn der Berichtswoche hat die Oderschiffahrt zur Einstellung des Betriebes gezwungen. Bereits am 19. d. M. konnte wegen starken Eisgangs kein Fahrzeug mehr den Fürstenberger Hafen verlassen. Auf der oberen Oder forderten die Bauämter auf, gesicherte Liegeplätze aufzusuchen. Am 20. d. M. wurde der Stau abgesenkt, am 21. mit dem Legen der Wehre begonnen. Die schwache Bewegung zu Anfang der Berichtswoche wird durch folgende amtliche Passiermeldungen der Schleuse Ransern gekennzeichnet: zu Tal 42 Fahrzeuge, zu Berg 123 beladene und 82 leere Kähne.

Der Verkehr auf dem Ober-Spree-Kanal ist offiziell mit dem 22. Dezember geschlossen. Auf der Strecke Berlin — Hamburg findet noch Bewegung statt. Umgeschlagen wurden noch zu Tal in Cosel-Hafen rund 19 000 Tonnen, darunter 2000 Tonnen Güter (ab 20. sind die Ausgänge von den Gruben seitens der Reichsbahn gesperrt worden), Breslau 16 221 Tonnen, darunter 6356 Tonnen Güter, Maltsch 9000 Tonnen Brennstoffe, darunter 3000 Tonnen Güter.

## Die „Weihnachtsfreude" der ausgesteuerten Erwerbslosen

### 14 Stunden auf die Unterstützung gewartet und dann doch keine bekommen

Die durch die Wissellsche Verordnung über die Verlängerung der Krisenunterstützung um 13 Wochen beglückten Erwerbslosen wurden nun Mitte Dezember erneut ausgesteuert. Rechtzeitig stellten alle ihre Anträge auf Wohlfahrtsunterstützung, damit sie noch vor den Feiertagen in den Besitz der Unterstützungen gelangten. Aber das Wohlfahrtsamt hatte es anders beschlossen. Es glaubte, wenn die Erwerbslosen ihre Wirtschaftsbeihilfe erhalten haben, brauchten sie die laufende Wohlfahrtsunterstützung nicht. Als besondere Ueberraschung hat das Wohlfahrtsamt noch die Einführung einer siebentägigen Karenzzeit beschlossen, so daß die ausgesteuerten Erwerbslosen eine Woche von der Luft leben sollen. Aber nicht nur, daß man die Erwerbslosen an ihrem Zahltage mit leeren Versprechungen abspeiste, nein, sie werden, wenn sie sich darüber beschweren, sogar mißhandelt und die Treppe heruntergeworfen. So erging es z. B. dem Erwerbslosen Ludwig von der Ursulinerstraße. Am Sonnabend sollte die Zahlung seiner Wohlfahrtsunterstützung erfolgen. Früh um 8 Uhr ging er hin und wurde um 14 Uhr wiederbestellt. Um 15 Uhr nahm man ihm die Stempelkarte ab und bestellte ihn für drei Stunden später. Um 20 Uhr bekam er seine Karte wieder mit dem Bemerken, daß die Zahlkarte nicht da sei und sich wohl im Büro auf der Heinrichstraße befände. Schnell begab sich Ludwig nach der Heinrichstraße, wo es ihm noch gelang, Einlaß zu finden. Als er in höflichem Tone um die Auszahlung der laufenden Unterstützung ersuchte, bekam er die Antwort: „Sie haben ja die Beihilfe erhalten, da brauchen Sie keine Unterstützung. Kommen Sie nach den Feiertagen wieder." Ludwig erklärte hierauf, daß die Beihilfe nichts mit der Unterstützung zu tun habe, und daß er die Beihilfe zur Bezahlung seiner Schulden verwandt habe, infolgedessen er die Unterstützung zur Bestreitun seines Lebensunterhalts dringend benötige. Er verlangte dann noch eine Anweisung für die Rechenstelle, damit ihm die Unterstützung gezahlt würde. Das wurde ihm verweigert, ja, einige Angestellte gingen auf Anordnung des Blockstellenleiters Bernecker dazu über, ihn zu packen, die Arme auf den Rücken zu drehen und ihn die Treppe hinunterzustoßen. Dabei sagte man ihm, er solle nun auf die Rechenstelle gehen, man würde das Geld schon anweisen. Wieder auf der Rechenstelle angekommen, lehnte man es ab, die Unterstützung zu zahlen. Und so saß der Erwerbslose während der Weihnachtstage da, ohne einen Pfennig Geld zu haben.

Gegen die unerhörte Behandlung der ausgesteuerten Erwerbslosen durch das Wohlfahrtsamt und dessen Angestellte muß schärfster Protest erhoben werden. Die oben geschilderte Angelegenheit wird noch andere Instanzen beschäftigen, denn die Erwerbslosen sind nicht dazu da, daß sie einen ganzen Tag zum Narren gehalten und zum Schluß noch verhöhnt und mißhandelt werden.

# Wie wird die neue Miete berechnet?

Breslau, 27. Dezember.

Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung die Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 35 Prozent beschlossen. Gleichzeitig wurde der Magistrat verpflichtet, bei der Veröffentlichung im Gemeindeblatt anzuordnen, daß diese erhöhte Grundvermögenssteuer nicht, wie üblich, automatisch zu Mietsteigerungen führt, sondern entsprechend der Friedensmiete umgelegt, d. h. daß sie praktisch vom Hausbesitzer getragen wird.

Wie wir nun erfahren, liegt die Zustimmung des Ministers zu der Erhöhung der Steuer bereits vor. Die noch notwendige Zustimmung des Bezirksausschusses bei der Regierung soll zwischen Weihnachten und Neujahr erfolgen, so daß der Magistrat beabsichtigt, die Erhöhung der Steuern noch vor dem 1. Januar bekanntzugeben, so daß sie von diesem Tage an in Kraft treten wird.

Unter der werktätigen Bevölkerung herrscht über die Neuberechnung der Mieten größte Unklarheit. Wir wollen deshalb an Hand eines Beispieles die Errechnung der neuen Mieten demonstrieren.

Wir haben ein Haus aus der Zietenstraße herausgegriffen, das von 23 Mietern bewohnt ist. Der zu Steuerzwecken festgelegte sogenannte gemeine Wert des Hauses beträgt 102 000 Mark. Der Friedensmietsertrag monatlich 616,50 Mark. Der staatliche Grundvermögenssteuersatz (auf 1000 Mark = 20 Pfg.) beträgt also 20,40 Mark. Bisher hatten wir einen Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer von 250 Prozent, die obigen 100 Prozent sind bereits in der Miete einbegriffen, so daß nur 150 Prozent besonders zu berechnen wären, d. s. monatlich 51 Mark. Nunmehr sollen weitere 35 Prozent (ab 1. April 1928 nachzahlbar) hinzukommen, d. s. 7 Mark oder insgesamt 58 Mark. Nach der bisherigen Berechnungsmethode wurden für 150 Prozent Grundvermögenssteuer 6 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete erhoben.

Will ein Mieter jetzt die Grundvermögenssteuer im Umlageverfahren zahlen, so muß er sich als erstes vom Hauswirt den Wert des Grundstücks mitteilen lassen. In unserem Falle würde dann die Berechnung der neuen Miete wie folgt vorgenommen werden: Ein mittlerer Mieter des Hauses in der Zietenstraße zahlt jetzt 32 Mark Miete (die Friedensmiete war 26 Mark). Der Mieter muß 150 Prozent des Gemeindezuschlages zur Grundvermögenssteuer tragen, das wären in diesem Falle nach der bisherigen Berechnung 1,56 Mark (1 Prozent der Friedensmiete = 0,26 Mark, 6 Prozent = 1,56 Mark). Im Umlageverfahren würde er jedoch nur 1,20 Mark zu zahlen haben und nach der neuerlichen Erhöhung um die 35 Prozent 1,60 Mark gegenüber 1,95 Mark, wenn er beim Hauswirt nicht das Umlageverfahren beantragt.

Wir fordern alle unsere Leser auf, keinesfalls den Grundvermögenssteuerzuschlag im neuen Jahre in der bisherigen Weise berechnen zu lassen. Ueberall ist unter Berufung auf die ausdrückliche Anweisung des Magistrats zu verlangen, daß der Hauswirt die Grundvermögenssteuer im Umlageverfahren errechnet. Wie aus unserem Beispiel hervorgeht, beträgt dann die tatsächliche Steigerung des Mietssatzes bei 32 Mark Monatsmiete nur 4 Pfg. Es liegt für die werktätigen Mieter kein Anlaß vor, etwa deshalb, weil der Hauswirt zu bequem ist, eine eventuelle Mehrarbeit zu leisten, auf das Umlageverfahren zu verzichten.

Im übrigen möchten wir noch darauf hinweisen, daß die Mietennachzahlung für die neun Monate seit 1. April in drei Raten geschehen kann.

---

**„Neue Berechnungsmethoden des Wohlfahrtsamtes?"** Zu diesem Artikel aus Nummer 270 der „A.-B." schreibt das Wohlfahrtsamt: „Die Kreisstelle hat offenbar richtig gehandelt. Wenn der Monatsbetrag 83 Mark betrug, so verteilt er sich auf 26 Arbeitstage und ergibt einen Wochenbetrag von 19,25 Mark, für vier Wochen also rund 77 Mark. Ein Monat sind aber nicht vier Wochen, sondern vier Wochen und zwei Tage. Für zwei Tage bekäme er dann noch rund 6 Mark, so daß also der frühere Monatssatz von 83 Mark erreicht ist."

**Keine Polizeistunde in der Silvesternacht.** Der Polizeipräsident hat für den Ortspolizeibezirk Breslau die Polizeistunde in der Nacht zum 1. Januar 1929 aufgehoben. — Und nun kann gesossen werden!

**Ermäßigte Preise für Eisbahnbenutzung.** Nach einem Abkommen der Gartendeputation mit den Pächtern der Eisbahnen sind nachstehende Sonderpreise für die Benutzung der Eisbahnen durch Schüler und Schülerinnen wie folgt festgesetzt worden: Stadtgrabenbahn Ohlauer Straße — Taschenstraße vor der Liebichshöhe, Spritzeisbahn Feldstraße: an zwei Nachmittagen der Woche 10 Pfg. — Stadtgrabenbahn am Zwinger, Waschteich: an vier Nachmittagen der Woche 5 Pfg. — Stadtgrabenbahn zwischen Königsplatz und Graupenstraße: an vier Nachmittagen der Woche 5 Pfg.; davon an zwei Tagen für Mädchen und an zwei Tagen für Knaben; an den Tagen, an denen die Mädchen 5 Pfg. zahlen, zahlen die Knaben 10 Pfg. und umgekehrt. — Am Sauerbrunnteich und am Bandewäldchen: an jedem Nachmittag 10 Pfg. — Für die Schüler und Schülerinnen über 14 Jahre ist zur Benutzung der Eisbahnen zu den vorstehenden Eintrittspreisen ein mit dem Schulstempel versehener Ausweis notwendig.

**Die Straßenbahnlinie 2** (Südpark—Odertor) ist zunächst bis zur Rosenthaler Brücke (Trebnitzer Straße, Ecke Liebigstraße) verlängert worden. Die Linie 2 verkehrt nunmehr: vom Südpark bis zur Rosenthaler Brücke von 5,28 bis 0,28 Uhr mit 10 Minuten Wagenfolge; ferner um 0,45 und 0,59 Uhr und außerdem Sonnabends um 1,11, 1,18, 1,31, 1,38 und 1,58 Uhr; ab Rosenthaler Brücke bis Südpark von 4,52 bis 20,22 Uhr mit 10 Minuten Zugfolge sowie von 20,35 bis 0,15 Uhr mit 10 Minuten Zugfolge, außerdem Sonnabends um 0,35, 0,58 und 1,13 Uhr; ab Rosenthaler Brücke bis Trebnitzer Platz von 0,18 bis 0,58 mit 10 Minuten Zugfolge und um 1,15 und 1,29 Uhr. Der Betrieb zwischen Trebnitzer Platz und Südpark bleibt mit fünf-Minuten-Wagenfolge aufrechterhalten. Die Kraftomnibuslinie C: Rosenthaler Brücke (Liebigstraße—Carlowitz) verkehrt jetzt wie folgt: ab Rosenthaler Brücke von 6,05 bis 23,35 Uhr mit dreißig Minuten Wagenfolge; ab Carlowitz (Kasernenstraße) von 6,18 bis 23,48 Uhr ebenfalls mit 30 Minuten Wagenfolge. Der Fahrpreis beträgt für die Teilstrecken Liebigstraße—Wasserturm sowie Wasserturm—Kasernenstraße je 10 Pfennig, für die Gesamtstrecke 15 Pfennig.

**Das 25-Stunden-Rennen** in der Jahrhunderthalle endete mit dem Siege der französischen Mannschaft Raynaud-Doyen (44 Punkte). Zweite wurden eine Runde zurück Rieger-Rielens (140 P.); Dritte Tietz-Kroll (103 P.); Vierte Junge-Skupinski (56 P.). Nicht weniger als acht Fahrer hatten das Rennen, fast ausschließlich infolge schwerer Stürze, vorzeitig aufgegeben.

**Weltbühne.** „Seine Privatsekretärin." Ein wirklich lustiger, amerikanischer Film mit guten Einfällen und sehr drolligen Szenen, die die Zuschauer nicht aus dem Lachen kommen lassen. In dem Detektivfilm „Hände hoch, hier Eddi Polo" rettet Polo einen unschuldig des Mordes angeklagten Gutsarbeiter und entlarvt einen raffinierten Verbrecher. Am Schluß gibt es eine kleine Sensation, der Verbrecher ist der angeblich Ermordete. Ein gut aufgenommener Kulturfilm, der die Schönheit der Sächsischen Schweiz zeigt, vervollständigt das sehr gute Programm. Das Programm hat nur ein Manko, das Auftreten eines deutschnationalen „Humoristen", der durch widerwärtig chauvinistische Hetzcouplets die proletarischen Zuhörer provoziert. E.

**Volksbühne.** Zu den Aufführungen der Nestroyschen Posse „Einen Jux will er sich machen" im Thalia-Theater erhalten die Mitglieder der Abteilungen I bis XIV und XXVIII bis XXXV der Stammgemeinde in der Geschäftsstelle Gastkarten zum Einheitspreise von 1,70 Mark.

## Mittelschlesien

**Brieg.** Das Urteil im Unterschlagungsprozeß. Der Prozeß Schönfelder und Genossen wurde nach sechstägiger Verhandlung zu Ende geführt. Der Staatsanwalt beantragte für die beiden Hauptangeklagten Schönfelder und Else Tietze wegen schwerer Unterschlagung und Urkundenfälschung je drei Jahre Gefängnis, für den Angeklagten Rentz drei Monate Gefängnis, für die übrigen Angeklagten Buchhalter Bieneck, Reisender Klos Freisprechung. Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Gustav Schönfelder und Else Tietz werden zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt, die anderen Angeklagten werden freigesprochen.

**Ohlau.** Mit einer Entführungsgeschichte warteten zwei 15jährige Burschen, ein Sattler- und ein Fleischerlehrling, auf der hiesigen Polizeiwache auf. Sie erzählten, in einem Personenauto aus Canth verschleppt worden zu sein. Erst in Ohlau habe man sie abgesetzt. Nach eingehendem Verhör gestanden sie schließlich ein, daß an der Entführungsgeschichte kein wahres Wort sei. Sie haben ihre Arbeitsstelle in Canth heimlich verlassen und sich die Entführungsgeschichte erdacht.

**Sachwitz.** In der letzten Erwerbslosenversammlung wurde folgende Entschließung angenommen: „Die heute versammelten Erwerbslosen von Sachwitz protestieren gegen das neue Gesetz betreffs Sonderfürsorge der erwerbslosen Saisonarbeiter und fordern Gleichstellung aller Erwerbslosen und Weiterzahlung der vollen gesetzlichen Unterstützung."

# Arbeitersport

## Fußball

Sturm I Liegnitz — F. S. V. I Breslau 3:2
Sturm II Liegnitz — F. S. V. II Breslau 3:2

**Sportvereinigung 1897.** Am Sonnabend fand bei Bräuer, Gabitzstraße, die für die Schülerabteilung veranstaltete Weihnachtsfeier in gut proletarischer Weise statt. Die von Mitgliedern ausgeführten Musikstücke leiteten zu der vom Genossen Christoph gehaltenen Ansprache über, in der er ausführte, gemeinsam mit den Eltern für die körperliche und geistige Erziehung der Kinder hinzuarbeiten, um aus ihnen für die Zukunft gestählte Menschen heranzubilden. Ferner dankte er allen Spendern, die es dem Verein ermöglichten, 60 Beutel an die Schüler bescheren zu können. Einen Ausschnitt aus dem Uebungsbetrieb zeigten die dann folgenden Ringkampfdemonstrationen sowie die gymnastischen Freiübungen, während Jugend und Schüler mit proletarischen Dichtungen die Feier stimmungsvoll beschlossen.

**Breslauer Fußballgesellschaftsspiele für den 30. Dezember**

14,00: Hertha I — 1921 I, Gräbschen, Kronig
11,00: Hertha II — 1921 II, Gräbschen, Klapper
14,00: VfB. I — Freiheit I, Oltaschin, Demnig
12,30: VfB. II — Freiheit II, Oltaschin, Ritter M.
10,00: VfB. III — Freiheit III, Oltaschin, Grohmann
10,00: Sil. Kickers 1. Jgd. — Einigkeit 1. Jgd., Stadion, Dittrich
9,30: Sil. Kickers 2. Jgd. — Süd-Ost 2. Jgd., Stadion, Garbotz

**Für den 1. Januar**

11,00: VfL. I — F. S. V. I, Gandau, Engel
12,30: VfL. II — F. S. V. II, Gandau, Berndt
14,00: Einigkeit I — Stern I, Mochbern, Grunert R.
12,30: Einigkeit II — Stern II, Mochbern, Gründel Otto
10,00: Einigkeit III — Stern III, Mochbern, Hoffmann
14,00: VfR. Ohlau I — VfK. I, Ohlau, Scholz K.

**Fußballsparte.** Schiedsrichtervereinigung. Die Nächste Sitzung ist am 7. Januar.

### Schlesiersahrt nach Nürnberg

Das 2. Bundesfest des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes im Juli 1929 findet in Nürnberg statt. Auch in Schlesien zeigt sich das Interesse für das 2. Bundesfest in öfteren Anfragen: „Was kostet die Fahrt nach Nürnberg?" Die nachstehenden Angaben betreffen nur einfache Fahrt, sind also doppelt zu rechnen. Festteilnehmer, die nur für die Hinfahrt Gesellschaftsfahrt benutzen und für die Rückfahrt Einzelfahrt, können sich das Fahrgeld gleichfalls ausrechnen. Jugendfahrschein gilt für Jugendliche von 14—20 Jahren. Mindestens 9 Personen und 1 Führer. Zur Gesellschaftsfahrt müssen 20 Personen zusammen sein. Falls genügend Teilnehmer zusammenkommen, dürfte es möglich sein, von Breslau oder Liegnitz einen Sonderzug zu benützen. Die Fahrpreise für Sonderzug betragen 8 Prozent weniger als Gesellschaftsfahrt. Es kostet die einfache Fahrt:

| | km | Einzelfahrt ℳ | Gesellschaftsfahrt ℳ | Jugendfahrschein ℳ |
|---|---|---|---|---|
| Gleiwitz bis Nürnberg | 832 | 30,80 | 23,10 | 15,40 |
| Oppeln bis Nürnberg | 753 | 28,— | 21,— | 14,— |
| Breslau bis Nürnberg | 671 | 25,— | 18,80 | 12,50 |
| Liegnitz bis Nürnberg | 606 | 22,80 | 17,— | 11,30 |
| Kohlfurt bis Nürnberg | 535 | 19,80 | 14,90 | 9,90 |
| Görlitz bis Nürnberg | 506 | 18,80 | 14,10 | 9,40 |
| Dittersbach bis Nürnberg | 631 | 23,40 | 17,60 | 11,70 |
| Hirschberg bis Nürnberg | 615 | 22,80 | 17,10 | 11,40 |
| Sagan über Kohlfurt nach Nürnberg | 578 | 21,40 | 16,10 | 10,70 |

# Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

**Breslau**

— Stadtteil 3 (West). Freitag 19 Uhr in den Hubertussälen, Friedrich-Wilhelm-Straße, General-Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksparteitag.

### Kommunistischer Jugendverband

**Breslau**

— Gruppe Nord. Donnerstag Heimabend bei Schneider, Rosen-, Ecke Ottostraße. Beitrag mitbringen. Gäste willkommen.

### Jung-Spartakus-Bund

**Breslau**

— Gruppe Goetz. Donnerstag 18 Uhr Heimabend im „Anglerheim", Leuthenstraße. Gäste willkommen!

— Gruppe Schottländer (Nord). Freitag 18 Uhr Heimabend in der „Stadt Namslau", Matthiasstraße. Gäste willkommen!

### Roter Frontkämpfer-Bund

**Breslau**

— Abt. 2. Freitag 20 Uhr Funktionärsitzung. Sämtliche Mitgliedsbücher und Markenbestände mitbringen.

### Roter Frauen- und Mädchenbund

**Altwasser.** Donnerstag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Genossin Krügel, Baudereinstraße 20.

### Sonstige Organisationen

**Oels.** Arbeiter-Samariter. Die Generalversammlung findet am 5. Januar 19,30 Uhr im Lokal „Oberschlesier" statt. Anträge hierzu bis zum 31. Dezember schriftlich beim ersten Vorsitzenden einzureichen. Erscheinen ist Pflicht.

**Waldenburg-Altwasser.** Arbeiter-Schwimmverein. Sonntag, den 30. Dezember, 14 Uhr, im Vereinslokal [illegible] Generalversammlung. Erscheinen jedes Mitgliedes in Pflicht. Beitrag und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

# Waldenburger Bergland

## Arbeiterkorrespondenten!

„Genossen, druckt bitte alles in der Donnerstag-Nummer ab. Ich hätte noch ein paar Sachen, aber die wollen wir fürs nächste Mal lassen. Die Zeitungen verkaufen sich durch diese Artikel viel besser."

*

So schreibt ein Arbeiterkorrespondent an die Redaktion. Genossen in den Betrieben, schreibt Berichte! Schreibt besonders eifrig während der Werbekampagne! Sammelt schon jetzt Material! Unterstützt durch eure Arbeit die bevorstehende

**Werbekampagne!**

## Wenn hoher Besuch kommt . . .

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Wenn Amanullah oder Hindenburg oder irgendein Oberpfaffe kommt, wird das Geld der Steuerzahler durch Empfänge verpulvert. Wenn die Aktionäre, Verwaltungs- oder Aufsichtsrat den Pütt besichtigen, wird tagelang Dreck aufgeräumt, Gerümpel verstaut und überetatmäßiges Personal muß an seine Stunde verdusten. Die Verschönerungskünstler müssen Schandflecke beseitigen. Und wenn der hohe Rat infolge der vorgefundenen Ordnung dem Direktor und Betriebsführer schmunzelnd die Hand reicht und sich in seine Pelze hüllt, durchs Zechentor abfaust, geht alles seinen alten Gang weiter. Die auf eine halbe Stunde stehengelassenen 500 PS.-Pumpen heulen wieder, die Spannung fällt, die Saugzüge schmeißen wieder Flugasche und Dreck im Grubenhof herum, Dreck und Gerümpel können sich wieder aufhäufen. Es geht den alten Schlendrian weiter. Der Aufsichtsrat der „Niebag" hat es nicht für notwendig gefunden, sich bei seinem Kollegen, Aufsichtsratsmitglied des Betriebsrats, vorzustellen und nach eventuellen Wünschen zu erkundigen, obwohl einer unter ihnen der Parteigenosse des Betriebsrats ist. — Man wächst eben so in den Kapitalismus hinein und ist dabei bestrebt, seinen Kollegen, z. B. Jakob Goldschmidt, v. Bethusi-Huc usw., in nichts zurückzustehen! Es genügt, wenn man den Mann der Arbeit jährlich einmal in einer zehn Minuten dauernden Sitzung als „Herr Kollege" die Bilanz lesen läßt, ihm gnädigst die Fetthand reicht, eine Zigarre anbietet und verabschiedet, nicht ohne „glückliche Fahrt" zu wünschen. — Auch ein „Erfolg"! Ein Stück Wirtschaftsdemokratie. O Ironie des Schicksals! Die Kumpels haben, oft rein instinktmäßig, diesen Schwindel von Wirtschaftsdemokratie durchschaut. Sie wissen, daß es keine Demokratie gibt dort, wo Kapitalisten die Produktionsmittel in den Händen haben. An solchen Phrasen können sich nur die berauschen, die politische Säuglinge sind, oder diejenigen, bei denen die soziale Frage gelöst ist. Der Prolet weiß es, daß diese Herren nicht ihre Nase dorthin stecken, wo sie den „Plebs" im Pesthauch des Todes für ihre Tantieme, Riesengehälter und Profite schuften sehen. Der Prolet wird sich nicht immer durch Phrasen vom Klassenkampf abhalten lassen, sondern er wird kämpfen mit der revolutionären Partei, um die Enteigner zu enteignen!

### Oppositionelle DMV.-Ortsverwaltung in Schweidnitz einstimmig wiedergewählt

In der vor Weihnachten stattgefundenen Generalversammlung des DMV. Schweidnitz gab zunächst der Genosse Hirsch einen ausführlichen Geschäftsbericht. Aus ihm war zu ersehen, daß die Tätigkeit der Ortsverwaltung eine reichhaltige war. Es konnte ein ganzer Teil Verbesserungen für die Schweidnitzer Metallarbeiter durchgeführt werden. Nicht weniger als 200 neue Mitglieder konnten festgestellt werden. Alle Redner zum Geschäftsbericht sprachen sich anerkennend für die geleistete Tätigkeit der Ortsverwaltung aus. In den Wahlausschuß wurden die Kollegen Crucinski, Grossek und Fibner gewählt. Als Vorschläge gewünscht wurden, erscholl von allen Seiten der Ruf „Wiederwahl". Dies bewies wohl am besten die Einstellung der Mitgliedschaft gegenüber der bisherigen Ortsverwaltung. Trotzdem die Gegenseite wohl vorher Anstrengungen gemacht hatte, eine andere Ortsverwaltung zu wählen, mußten sie sehen, daß sie zum Teil von ihren eigenen Genossen im Stich gelassen wurde, da ein großer Teil ihrer Freunde gar nicht erschienen war, da wahrscheinlich auch diese Kollegen an der Tätigkeit der Verwaltung nichts aussetzen konnten. Einstimmig in die Ortsverwaltung wiedergewählt wurden die Kollegen Hirsch als Angestellter, Kollege Wiesner als 2. Bevollmächtigter, Kollege Scheunert als Schriftführer, als Beisitzer die Kollegen Eiter, Grehlich, Kollegin Gellrich, und neu hinzugewählt der Kollege Geburt.

Der Kollege Hirsch dankte für das Vertrauen der Mitgliedschaft und versprach, daß die neue Ortsverwaltung alles daransetzen werde, den Verband noch mehr als bisher vorwärtszubringen, und wünschte weiter das gute Zusammenarbeiten zwischen Ortsverwaltung, den Funktionären und der Mitgliedschaft.

## Stadtverordnetensitzung in Schweidnitz

### Genosse Hirsch erhält zwei Ordnungsrufe

Die letzte Stadtverordnetensitzung vor Weihnachten in Schweidnitz nahm folgenden Verlauf: Da die meisten Tagesordnungspunkte weniger von Wichtigkeit waren, sollen in dem Bericht nur die besonders wichtigen Vorgänge wiedergegeben werden. Es sei darauf hingewiesen, daß die kommunistische Fraktion des öfteren Beschwerden gegen den Schwimmbad-Dezernenten Stadtrat Franke vorgebracht hatte, auch wurde schon seit längerer Zeit verlangt, daß sich die Schwimmbad-Deputation mit den Mißständen beschäftigen sollte. Der Dezernent hat es aber verstanden, die Sitzung immer und immer wieder zurückzustellen. Nach einem Beschluß der vorletzten Stadtverordnetenversammlung mußte aber bis zur diesmaligen eine Sitzung stattfinden. Als nun der Genosse Helfer in der betreffenden Sitzung die Mißstände geißelte, fand es der Stadtrat Franke für notwendig, die Sitzung zu verlegen. Als der Bericht von der betreffenden Sitzung bei der Stadtverordnetensitzung gegeben wurde, protestierte der Genosse Helfer gegen das Verhalten des Dezernenten, wobei der Genosse Hirsch ebenfalls einige Bemerkungen fallen ließ. Sofort erteilte ihm der deutschnationale Stadtverordnetenvorsteher hintereinander zwei Ordnungsrufe. Der Magistrat sowie der Stadtverordnetenvorsteher waren durch das Erscheinen der Erwerbslosen nervös geworden. (Am Nachmittag desselben Tages hatte eine Erwerbslosenversammlung stattgefunden, in der man stürmisch gegen das Weihnachtsangebot an die Erwerbslosen von seiten des Magistrats protestierte.) Denn die Erwerbslosen promenierten während der Stadtverordnetensitzung vor dem Sitzungssaale auf und ab. Man wollte dem Genossen Hirsch so wie im vorigen Jahre drei Ordnungsrufe erteilen, damit er keine Gelegenheit habe, für die Aermsten der Armen zu sprechen. Da sich der Genosse Hirsch gegen den Hinauswurf widersetzt hätte, würde man die Sitzung aufheben und erklären können, die Kommunisten hätten die Zahlung von Beihilfe verhindert. Diesen Gefallen haben wir den Herrschaften nicht getan.

Es lagen drei Anträge für Weihnachtsbeihilfen vor, und zwar von der KPD.-Fraktion, von der SPD. und vom Magistrat. Das Schönste dabei war, daß der Antrag der SPD. niedriger war, als der des Magistrats. Der Antrag der SPD. ging dahin, eine Unterstützung zu gewähren wie im Vorjahre, also jedem Unterstützungsberechtigten 7 Mark zu bewilligen; der Antrag des Magistrats forderte, für alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, ausgesteuerte Erwerbslosen sowie für kinderreiche Erwerbslose, für Ledige 8 Mark, für Verheiratete 10 Mark, und für jedes Kind 2 Mark zu bewilligen. Der Antrag der kommunistischen Fraktion lautete: Für alle Erwerbslosen eine Unterstützung von 20 Mark, für die Frau und jedes Kind 5 Mark, für alle ausgesteuerten Erwerbslosen sowie für alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger eine Beihilfe von 30 Mark, für jede Frau und für jedes Kind 5 Mark. Es war der SPD.-Fraktion unangenehm, als Genosse Hirsch erklärte, daß sie gar keine Ahnung von der Notlage der Arbeitslosen hätten; denn nach dem 1. Oktober 1927 erhalte der größte Teil der Erwerbslosen nur 26 Wochen Unterstützung, da nur ein Teil der Gruppen Krisenunterstützung erhält, wohingegen vor dem 1. Oktober 1927 es 39 bzw. 52 Wochen Unterstützung gegeben habe. Weiter hätte die SPD. wohl die Erhöhung der Richtsätze für ausgesteuerte Erwerbslose beantragt und den Antrag mit der eingetretenen Teuerung begründet. Deshalb sei es unverständlich, daß man dieselbe Weihnachtsbeihilfe verlange wie im Vorjahre. Auch den Antrag des Magistrats beleuchtete der Genosse Hirsch kritisch, und begründete ausführlich den Antrag der KPD.

Während der Ausführungen des Genossen Hirsch waren die Erwerbslosen bis zur Türe des Stadtverordnetensitzungssaales vorgedrungen. Bei der Abstimmung beantragte der Genosse Hirsch namentliche Abstimmung. Für den Antrag stimmten die fünf Sozialdemokraten und die fünf Kommunisten, trotzdem noch kurz vorher der religiöse Sozialdemokrat Grohmann den Kommunisten erklärt hatte, sie hätten eben mehr Verständnis für die finanzielle Notlage des Magistrats, als die Kommunisten. Dagegen stimmten alle Bürgerlichen. Wir veröffentlichen hiermit die Namen derjenigen Geschäftsleute, die dagegen gestimmt haben und es wahrscheinlich nicht notwendig haben, auf die Groschen der Arbeitslosen angewiesen zu sein: Kaufmann Gättner, Kaufmann Bartel, Großkaufmann Godmann, Schnapslieferant Götzner jr., Druckereibesitzer Reisse, Holzwarenfabrikanten Sauer und Urban, Fleischermeister Obst, der demokratische Fabrikdirektor Schoder, die Wohlfahrtspflegerin Frl. v. Grote. Weiter stimmten noch dagegen der Sanitätsrat Dr. Herzog, die Rechtsanwälte Fuisting und Lehmann, Lehrer Hoffmann, Ofensetzmeister Klose, die Frauen v. Lucodon und Tschöpe und der Aucharbeiter Kleiner. Es wird notwendig sein, daß sich die Arbeiterschaft diese Herrschaften merkt.

Nachdem wurde über die Erhöhung der Richtsätze diskutiert. In der vorigen Sitzung hatte schon die KPD. die Erhöhung der Richtsätze um 50 Prozent verlangt. Hier sorgte die SPD. dafür, daß der Antrag abgelehnt wurde, sie empfahl, daß der Magistrat und der Fürsorge-Beirat wohlwollend prüfen, ob die Sätze nicht zu erhöhen seien. Diesmal brachte die SPD. selbst einen Antrag ein, wonach die Sätze der Teuerung entsprechend erhöht werden sollten. Der Genosse Hirsch kritisierte den Magistrat in scharfer Weise, indem er darauf hinwies, daß man einen monatlichen Zuschlag für ein Kind eines Ausgesteuerten von 11 Mark zahle, für einen Polizeihund aber 12 Mark Futterkosten im Monat bewilligt habe. Die Proletarierkinder seien also weniger wert als Polizeihunde. Als Genosse Hirsch diese Feststellung machte, saßen die Bürgerlichen ziemlich verdattert auf ihren Plätzen. Ausgesteuerte Erwerbslose erhalten die „horrende" Unterstützung für Ledige bei Eltern: 5 Mark wöchentlich, für Alleinstehende mit eigenem Haushalt 8 Mark, für ein Ehepaar 12 Mark und für jedes Kind 11 Mark im Monat. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Richtsätze zu erhöhen. Der Bürgermeister erklärte aber schon im voraus, daß der Magistrat diesen Beschluß nicht durchführen würde, da man sich an die bisherigen Richtsätze halten müsse. Des weiteren wurde für die Gemeindearbeiter beschlossen, für die Ledigen 10 Mark und für die Verheirateten 20 Mark als Weihnachtsbeihilfe auszuzahlen. Angeblich soll dies die letzte Weihnachtsbeihilfe sein.

# Niederschlesien

## Görlitz

### Der Herr Gauleiter will sich nicht blamieren!

Am hiesigen Viadukt werden Verstärkungen vorgenommen, und bei der Bezahlung dieser Arbeiten stehen sich in der Auslegung des gültigen Tarifes Arbeiter und Unternehmer in gegenteiliger Meinung gegenüber. Um diesem Uebelstande abzuhelfen und eventuell Klarheit zu schaffen, ersuchte die Belegschaft dieser Arbeitsstelle um Besichtigung und Begutachtung durch den Gauleiter — Verzeihung, „Herrn" Gauleiter — des Zentralverbandes d. Zimmerer. Einen ganzen Monat wartete die Belegschaft schon auf das Kommen des Herrn Gauleiters, bisher zwar immer vergeblich, aber nun endlich sollte es doch werden. Denn zur Generalversammlung mußte der „Herr" Gauleiter ja bestimmt anwesend sein, und sicher würde er dann doch eine Stunde seiner kostbaren Zeit für die Erledigung des strittigen Punktes übrig haben. Der Mensch denkt, doch der Herr Gauleiter — lenkt! Wohin? Nach der Versammlung, bloß nicht nach der nassen Baustelle!

Wie sich so eine Versammlung abwickelt, das braucht man ja nicht erst weiter zu erläutern; denn das ist ja gewöhnlich immer dasselbe. Zuerst kommen die „Wiederwahlen", dann ein Referat und dann Punkt Verschiedenes.

Zuerst kamen also die „vorschriftsmäßigen" Wiederwahlen, und dann hielt der Referent, Gauleiter Köhler, einen Vortrag über die Verschlechterung der Saisonarbeiter durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Er erklärte ganz richtig, daß die Verschlechterung eine bedeutende sei. Wir stehen sogar auf dem Standpunkt, daß sich diese Verschlechterung in den kommenden Zeiten praktisch so auswirken wird, daß die Zimmerer, Maurer usw. niemals mehr in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung kommen können, und daß die Möglichkeit, sie jemals zu erlangen, die gleiche ist, wie bei den Feyen, — nämlich — nie! Der Referent erklärte den Anwesenden, daß die Verschlechterung leicht noch eine schlimmere hätte sein können (?). Wenn dies nicht der Fall ist, so sei dies lediglich ein Verdienst der „Linken" vom Zentrum, und das sollten die freigewerkschaftlichen Arbeiter dem Zentrum niemals vergessen! Im Anschluß hieran hielt dann der Herr Gauleiter noch einen kleinen „moralischen Vortrag" für eventuelle „Radikale"; denn er erklärte, daß der soziale Fortschritt nur mit Verhandlungen und Kompromissen erreicht werden kann. Wir sind hier wieder einmal, wie nur zu oft, mit Ihnen nicht der gleichen Meinung und berufen uns dabei auf kompetentere Leute wie Sie, Herr Köhler; nämlich auf — Bebel, Engels und Marx. Zu den Streit beim „Viadukt" behauptete er, „wegen nur einem Mann nichts unternehmen zu können", obwohl es sich in dem strittigen Punkte ja nicht nur um einen Mann, sondern um die prinzipielle Frage handelt, wie der Tarif auszulegen sei. Merkwürdig, daß er als „Gauleiter" der Auslegung der Unternehmer zustimmt, zumindest aber dagegen nicht ankämpft. Nach dieser Auslegung ist es freilich niemals möglich, in den Genuß der strittigen Wasserzulage zu kommen; denn die Bestimmung ist dehnbar wie Gummi und läßt auch die folgenden Auslegungen zu: Wenn ein Zimmerer bis an die Knie im Wasser steht, hat er keinen Anspruch auf die Zulage, wenn der Unternehmer ihm ein Paar Wasserstiefel überläßt; denn obwohl ihm das Wasser in diesem Falle bis an die Knie reicht, reicht es ihm nicht bis an die Knöchel. So paradox der Satz auch klingen mögen, er ist richtig; denn in diesem Falle blieben die Füße ja auch trocken. Ebenso konnten die Unternehmer behaupten, daß der Arbeiter selbst dann keinen Anspruch auf die Zulage habe, wenn ihm das Wasser bis an den Hals reicht; denn das wäre die Schuld des Arbeiters. Wenn er die Arbeit im Kopfstande ausgeführt hätte, dann wären die Knöchel eben trocken geblieben. Herr Gauleiter, würden Sie es wagen, in diesem Falle einer anderen Auslegung beizupflichten, oder hätten Sie dann auch noch Angst, sich zu blamieren?

Im übrigen sind wir Ihnen dankbar für die Anregung, sich in einer politischen Partei für die wirtschaftlichen Fragen zu schulen, und für Ihr Bekenntnis, daß es außer der „alleinseligmachenden" SPD. auch noch andere Arbeiterparteien gibt. Arbeiter, stärkt die Opposition in den Gewerkschaften und tretet deshalb ein in die KPD.! Werbet Leser der „Arbeiter-Zeitung"!

### „Zehnstundentag"

Ein Arbeiter schreibt uns: Die Firma Lausitzer Holzindustrie Wirsig u. Co., Dampftischlerei in Rothwasser, Kreis Görlitz, arbeitet (Kollegen sagen seit Frühjahr) zehn Stunden täglich!! Und „Verbandskollegen" machen das leider mit. Trotz dieser Arbeitszeit werden Leute entlassen. Das Gewerbe-Aufsichtsamt in Görlitz scheint nicht durchzugreifen, sonst hätte es auf meine Anzeige hin sofort eingreifen müssen. Was sind das für Zustände? Wann werden sie abgestellt werden?

## Grünberg

**Die gelbe Gewerkschaft ist deutschnational!** Bei der Firma Janke, Tuchfabrik, hierselbst, findet am 5. Januar die Betriebsratswahl statt. Es liegen zwei Listen aus, die eine ist freigewerkschaftlich, die andere „christlich". Die christliche Liste hat folgende Betriebsräte aufgestellt: 1. Berta Fiedler, Weberin, 2. Ewald Garn, Garnausgeber, 3. Vorarbeiter Leuchner, Reißerei, 4. Tietze, Weberin, 5. Hulda Scheibner, Knoterin, 6. Richard Kyzler, Arbeiter, 7. Friesel, Saalsaktor. und die entsprechenden Ersatzräte. Wir wollen einmal diese christlichen Aucharbeiter unter die Lupe nehmen. Frau Fiedler und ihr Mann sind deutschnationale Hurrapatrioten. Der letztere hat wenig praktische Betriebskenntnisse und ist dazu stolz und herablassend. Vorarbeiter L. ist Katholik, wütender Gegner der weltlichen Schule, Befürworter des Konkordats, nach oben beugen, und nach unten treten. Frau T. sagte auf eine Frage wegen des geringen Lohnes folgendes: „Die Leute sollen mehrarbeiten, dann wird auch mehr verdient". Von den anderen drei wollen wir ganz schweigen. Die christliche Gewerkschaft ist angeblich „neutral". Wie neutral diese Politik ist, zeigt ihre eigene Zeitung. In der „Schlesischen Rundschau" vom Oktober, Seite 79, steht folgendes: „35 Jahre deutschnationaler Handlungsgehilfenverband. Neben dem Ringen des Standes um soziale Stufenleiter ist der unerschütterliche Wille der 340 000 im DHV. zusammengeschlossenen Kaufmannsgehilfen, ein Vaterland bauen zu helfen, dem auch der ärmste Volksgenosse freudig zu dienen bereit ist." Soweit dieser geistige Erguß aus diesem politisch „neutralen" christlichen Verbande. Proleten, wählt nicht die christliche Liste, sondern die freigewerkschaftliche!

## Hirschberg

**Explosion eines Schweißapparates. — Ein Toter.** In Mittel-Bielau explodierte am Sonnabendnachmittag in der Werkstatt des Schmiedemeisters Bäusch plötzlich aus unaufgeklärter Ursache der Schweißapparat. Durch den furchtbaren Luftdruck und umherfliegende Stücke wurde dem 17jährigen Lehrling Konarski die Schädeldecke zertrümmert, so daß der junge Mensch augenblicklich tot war.

## Liegnitz

**Blutschande und Unzucht mit der Tochter!**

Der jetzt 32jährige Bauarbeiter Karl Herrmann verging sich über ein Jahr lang in schwerster Weise an seiner eigenen, noch nicht 14jährigen Tochter, indem er dauernd unsittliche Handlungen an ihr vornahm und Blutschande mit ihr beging. Nach Angaben des Kindes soll er sie zur Duldung dieser schweren Verirrungen durch Bedrohung mit Schlägen gezwungen haben! Der Mann, der sich seit 15. September in Untersuchungshaft befindet, ist seit dieser Zeit völlig zusammengebrochen und hat alle Beschuldigungen zugegeben. Da die Tochter und deren Mutter die Aussagen verweigerten, konnte das Gericht nur auf Grund des eigenen Geständnisses des Angeklagten zur Verurteilung kommen und erkannte wegen Blutschande und Unzucht mit der eigenen Tochter auf eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und fünf Jahre Ehrverlust. Ein sehr hartes Urteil.

## Aus dem Riesengebirge

**Klagen aus der Papierfabrik Jannowitz.**

Große Empörung herrscht unter der Belegschaft der Papierfabrik. Es hat sich in diesem Jahre folgendes zugetragen: Die „Volkszeitung für das Riesengebirge", das SPD.-Organ, schrieb vor dem 1. Mai dauernd: „Arbeiter, heraus aus den Betrieben am 1. Mai!" Die Fabrikarbeiter wurden sich in ihrer Mitgliederversammlung einig, den 1. Mai zu feiern. Das paßte der Betriebsleitung nicht, und als die Belegschaft am 2. Mai zur Arbeit kam, wurde sie nicht mehr in die Fabrik hineingelassen. Es hieß sofort, daß alle die Kündigung bekommen würden, was auch per Post geschah. So rächte sich die Betriebsleitung. Die Büroangestellten mußten Tag und Nacht arbeiten, um Papiere und Lohn für die Sklaven fertig zu machen. Von der Belegschaft wurde eine Betriebsversammlung einberufen und beschlossen, die Arbeit nur zu den alten Bedingungen aufzunehmen. Die Verhandlungen mit den Aktionären wurden inzwischen in Breslau geführt. Der Ortsgruppenleiter des Fabrikarbeiterverbandes, Pohl-Hirschberg, predigte „Ruhe und Besonnenheit" und „abwarten". Leider gab es einige Kollegen, die am 1. Mai gearbeitet haben und während der achttägigen Aussperrung Notstandsarbeiten verrichteten. Nach den Verhandlungen gab in einer Versammlung der Ortsgruppenleiter bekannt, daß der Streik beigelegt und zu den alten Bedingungen wieder anzufangen sei. Nur durch die Einigkeit der Ausgesperrten wurde dieses Resultat erzielt.

Nun hat die Betriebsleitung einen neuen und ganz raffinierten Vorstoß gegen einen Teil der Arbeiter unternommen. Sie hat achtzehn Mann am 13. Dezember gekündigt. Als Grund gibt die Betriebsleitung Arbeitsmangel an. Der wirkliche Grund soll aber, so erzählen die Arbeiter, der Urlaub sein. Sie sollen nämlich schon jetzt den Urlaub fürs nächste Jahr nehmen, weil eine Dampfmaschine umgebaut werden soll. Bisher war es immer so, daß bei Umbauten die betreffenden Arbeiter weiter beschäftigt wurden. Einigen Arbeitern, die dieses Jahr ihren Urlaub schon gemacht hatten und von dem Urlaub fürs nächste Jahr einige Tage zu wichtigen Angelegenheiten haben wollten, gab man zur Antwort, dies wäre Tarifbruch. Aber jetzt, da die Betriebsleitung den Tarifbruch betreibt, da ist alles in Ordnung. Die Kollegen ließen sich das nicht so ohne weiteres gefallen. Sie mukten auf. Und die Betriebsleitung gab die Kündigung. Wie paßt das zusammen, Herr Betriebsleiter, wenn Sie Leute einstellen und die anderen entlassen?

**Werktätige abonniert die „Arbeiter-Zeitung"!**